

GLOBAL



VIEW

Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen
und des Akademischen Forums für Außenpolitik

1 | 2007

3 EURO



**International
Heliophysical Year**

GLOBAL VIEW is grateful for the support of:



Liebe Leserin! Lieber Leser!



Titelblatt der 1. GLOBAL VIEW Ausgabe 1997

Das GLOBAL VIEW wird 10 Jahre alt. Als 1997 die erste Ausgabe vor dem damaligen Chefredakteur gelegen ist, hat er sich wahrscheinlich nicht gedacht, dass eine Dekade später eine große Party zu Ehren des Magazins gefeiert wird. Seither ist viel passiert. Das Magazin wurde professioneller und zwar in jeder Hinsicht. Damit die Feierlichkeiten auch ihren tieferen Sinn bekommen, wurden sie für den Vorabend des Weltpressefreiheitstages organisiert. Dieser gedenkt heuer am 3. Mai den vielen ermordeten Journalisten.

Aber nicht nur das GLOBAL VIEW feiert heuer. Die UNO begeht das International Heliophysical Year (IHY), also einfach ausgedrückt das Jahr der Sonne. Vor 50 Jahren wurde das Internationale Geophysikalische Jahre gefeiert. An Aktivitäten und Erfolge von damals sollen im IHY angeknüpft werden.

Bei den Vereinten Nationen in New York zog mittlerweile ein neuer US Botschafter ein. Der gemäßigte Khalizad ersetzt den zurückgetretenen Botschafter John Bolton. Der Wechsel war eine direkte Folge

der US Midterm Elections im November 2006. Vom neuen Botschafter wird nun eine größere Kooperationsbereitschaft der USA bei den VN erwartet.

Das World Economic Forum hielt in Davos seine jährliche Hauptversammlung ab. Dieses Jahr ohne nennenswerter berühmter Beteiligung, nicht wie in den letzten Jahr mit Angelina Jolie und anderen. In einem kalten Davos sollten Maßnahmen gegen den Klimawandel festgeschrieben werden. Angela Merkel eröffnete wie schon im letzten Jahr die Konferenz, diesmal auch als EU Ratsvorsitzende.

Die EU eröffnete in einem feierlichen Akt die EU Grundrechteagentur, die die Beobachtungsstelle von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ersetzen soll. In Frankreich geht der Wahlkampf indessen in die heiße Phase und die Kandidaten haben das Internet für ihre Zwecke entdeckt.

Irene B. Stöckl, MA
Chefredakteurin

Impressum Herausgeber: Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Chefredakteurin:** Irene B. Stöckl, MA ■ **Mag. (FH) Klaudia Feurle; Josef C. Ladenhauf; Mag. Cäcilia S. Smekal** ■ **Illustration:** Josef C. Ladenhauf ■ **Layout:** Irene B. Stöckl, MA ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion oder Autor; Titelbild: International Heliophysical Year, <http://www.ihy2007.org> ■ **Druck:** Friedrich VDV Linz

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz Herausgeber: Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717) / Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und des Akademischen Forums für Außenpolitik und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.

Autoren



ÅSA GUNVÉN, MA (Hon.) studierte Politikwissenschaften und Wirtschaft an der Edinburgh Universität. Zur Zeit ist sie Vizepräsidentin der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF).



THOMAS OBERSTEINER studiert Rechtswissenschaften an der Universität Wien und Wirtschaftswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien und schreibt zur Zeit fürs GLOBAL VIEW.



HADMAR HÖLZL studierte Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien und schreibt zur Zeit an seiner Diplomarbeit im Fachbereich Internationale Politik. Er war freier Mitarbeiter der OÖ Rundschau und des ORF und ist derzeit u.a. als freier Journalist tätig.



Prof. Dr. **HELMUT O. RUCKER** ist Österreichischer Repräsentant des International Heliophysical Years 2007. Er ist Abteilungsleiter der Abteilung für Physik des erdnahen Raums des Instituts für Weltraumforschung der ÖAW. Außerdem ist er wissenschaftlicher Co-Investigator an den NASA Cassini/RPWS und STEREO/WAVES Experimenten.



Mag. **HUBERT KICKINGER** studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und der Vrije Universiteit Amsterdam. Seine Begeisterung gilt neben dem Schreiben der Musik und der Fotografie. Hubert Kickingler lebt und arbeitet in Wien.



CHRISTIAN SCHUSTERSCHITZ studierte Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Von 2001 bis 2003 leitete er als Vorstandsvorsitzender das AFA Innsbruck. Zur Zeit schreibt er fürs GLOBAL VIEW.



ERIC LIND studied philosophy and religious studies at Arizona State University before working for an NGO in South Africa. As a Fulbright Scholar at the Division for Freedom of Expression, Democracy and Peace at UNESCO, he currently works on World Press Freedom Day and other projects relating to freedom of expression.



JOHANNA WEBERHOFER, MA hat an der Universität von St. Andrews Internationale Beziehungen und Arabisch studiert. Sie hat Erfahrungen an den UN-Standorten New York, Genf sowie Wien gesammelt und arbeitet derzeit als Volontärin an der Ständigen Vertretung Österreichs bei der UNO in Wien. 2006 war sie Co-Chair der Economic Commission for Africa bei der VIMUN 2006.



Mag. **FABIO MAURER** studierte Jus in Paris und Wien. Während seines Studiums hatte er Gelegenheit an Österreichischen Vertretungen und internationalen Organisationen in Los Angeles, New York, Paris und Warschau zu arbeiten. Im Sommer 2006 machte er ein Praktikum an der UNODC in Wien. Momentan absolviert er sein Gerichtsjahr, studiert Slawistik und schreibt an einer Dissertation.



Dr. **AXEL WÜSTENHAGEN** war von 1972-2003 in der Öffentlichkeitsarbeit der UNO. Er leitete die UNO Informationsdienste in Athen, Wien und Bonn und fungiert seit 1997 als Medienkoordinator der jährlichen Weltklimakonferenzen. Von 1967-1972 war er Generalsekretär der Österr. Liga für die Vereinten Nationen, deren Vorstand er seit 1962 angehört.

Inhalt



Mitte Februar 2007 fand in der Wiener UNO City die Auftaktveranstaltung zum International Heliophysical Year 2007 statt. Artikel S.12



Die EU Grundrechteagentur soll die EU Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdfeindlichkeit ersetzen. Article p.40



Wiener HAK Schülerinnen bilden in ihrer Schule in einem einjährigen Projekt Bewußtsein über das Thema Fairtrade. Article p.50

06 UNO/International

06	Dr. Axel Wüstenhagen	UN Ticker
10	Irene B. Stöckl, MA	Der globale Blick
12	Prof. Helmut O. Rucker	From Earth to Sun
16	Eric Lind	World Press Freedom Day
20	Fabio Maurer	50 Years IAEA
22	Johanna Weberhofer, MA	Saving the Might at the UN
24	Irene B. Stöckl, MA	Power to the People
28	Feurle u. Obersteiner	World Economic Forum Davos
32	Hubert Kickingner	Arbeiter ohne Rechte
34	MMag. Stephan Koppányi	Enemies Become Friends
36	Tim Trangkathumkul	Dos&Donts - Thailand
38	Mag. Cäcilia S. Smekal	Abtreibung, der ewige Zyklus
39	Josef C. Ladenhauf	Cartoon

40 Europa

40	Hadmar Hölzl	EU Grundrechteagentur
42	Åsa Gunvén	Belarus' Big Brother
44	Julie A. Demel	Je blogue donc je suis
46	Matthias C. Kettemann	Interview mit Botschafter Petritsch
48	Hadmar Hölzl	To the Point: 50 Jahre Römische Verträge

50 Österreich

50	Irene B. Stöckl, MA	Raising Awareness
52	Irene B. Stöckl, MA	Promi-Politik auf dem Prüfstand

54 Kultur/Gesellschaft

54	Christian Schusterschitz	Rund um die Welt
56	Kouji Oshiro Kochi	Big in Peru

58 AFA

58	Michael F. Pfeifer	UNO Üben
60	Barbara Mazelle	AFA supports Newcomers
61	Thomas Tödting	Übung macht den Meister
63	Irene B. Stöckl, MA	People



UN TICKER

Jänner - März 2007

von Dr. Axel Wüstenhagen



UNO

Abrüstung

Am 13. Februar begrüßte Ban die bei den Sechsparteiengesprächen in Beijing erzielte Einigung als ersten wichtigen Schritt zu einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel. An den Gesprächen nahmen die Demokratische Volksrepublik Korea, China, Japan, die Republik Korea, Russland und die Vereinigten Staaten teil. Mehr als 4 Jahre nach der Ausweisung der UN-Inspektoren und dem Rückzug Nordkoreas aus dem Atomsperrvertrag hat die Demokratische Volksrepublik jetzt IAEA-Generaldirektor Mohamed ElBaradei zu einem Besuch im März eingeladen.

Frauenfragen

Der Sicherheitsrat hat am 7. März neuerlich die entscheidende Rolle der Frauen bei der Vorbeugung und Beilegung von Konflikten sowie bei der Friedenskonsolidierung bekräftigt und die Mitgliedstaaten und den Generalsekretär aufgefordert, die verstärkte Einbindung der Frauen in die diesbezüglichen Entscheidungsprozesse zu unterstützen. In einer Erklärung des Ratspräsidenten wird die Bedeutung der gleichberechtigten Teilnahme der Frauen und ihre volle Einbindung in alle Bemühungen zur Aufrechterhaltung und Förderung von Frieden und Sicherheit betont.

Ban Ki-moon setzt Schwerpunkte

Am 8. Jänner bezeichnete UN-Generalsekretär Ban Ki-moon vor dem Sicherheitsrat die Beilegung der Darfurkrise als seine höchste Priorität. Neue Dynamik sei für die Suche nach Frieden und Stabilität im Nahen Osten erforderlich, sagte Ban und regte eine diesbezügliche Initiative des Nahost-Quartetts an. Afghanistan, Kosovo, Terrorismus, HIV/Aids und die extreme Armut stehen ebenfalls auf der Dringlichkeitsliste des UN-Generalsekretärs, der auch auf die besonderen Herausforderungen der Fälle Iran und Nordkorea verwies. Weiters müsse für die nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung, die Konfliktvorbeugung und Friedenssicherung mehr getan werden.

Kosovo

Der albanischen Mehrheit in der serbischen Provinz soll das Selbstregierungsrecht zugesprochen werden, einschließlich des Rechtes zum Abschluss internationaler Abkommen und zur Mitgliedschaft in Internationalen Organisationen. Eine internationale Zivil- und Militärpräsenz soll zu Frieden und Stabilität beitragen. Das sieht ein UNO-Plan vor, der am 2. Februar veröffentlicht wurde. Die der serbischen und der albanisch-kosovarischen Seite vom Sonderbeauftragten für den künftigen Status des Kosovo, Martti Ahtisaari, vorgelegte Zusammenfassung des Planes spricht allerdings nicht ausdrücklich von einer Unabhängigkeit der Provinz, die von der UNO verwaltet wird, seit westliche Militärkräfte 1999 die jugoslawischen Truppen nach ethnischen Gräueltaten aus dem Gebiet vertrieben hatten. Serbien hat sich stets gegen eine Unabhängigkeit der Provinz ausgesprochen, die zu 90% eine ethnisch albanische Bevölkerung aufweist. Nach dem Vorschlag Ahtisaaris soll ein Sonderbeauftragter der EU die höchste Instanz für alle zivilrechtlichen Fragen bilden, während eine Europäische Mission für Sicherheit und Verteidigungspolitik alle Bereiche der Rechtstaatlichkeit überwachen und zum Aufbau einer effizienten, fairen und repräsentativen Polizei, Justiz und Strafgerichtsbarkeit beitragen soll. Schließlich soll eine internationale Militärpräsenz unter der Führung der NATO für ein sicheres Umfeld und die Konsolidierung der kosovarischen Institutionen sorgen. Nach weiteren Verhandlungen in Wien sagte Ahtisaari am 12. März, dass weder die albanische noch die serbische Seite Bereitschaft zu einer Lösung über den künftigen Status gezeigt hätten.



UMWELT

Klimawandel

Veränderungen in der Atmosphäre, den Ozeanen sowie auf Gletschern und Polarkappen zeigen, dass sich die Welt aufgrund von Aktivitäten des Menschen erwärmt. Diese Feststellung traf der Zwischenstaatliche Beirat der UNO für Klimawandel (IPCC) in seinem am 2. Februar in Paris präsentierten Bericht. Der IPCC bestätigt darin, dass der von Menschen verursachte Ausstoß von CO₂, Methan, NO_x und anderer Treibhausgase mit hoher Wahrscheinlichkeit für den Großteil des seit Mitte des 20. Jahrhunderts beobachteten Temperaturanstiegs verantwortlich sei. Deshalb könne nicht mehr daran gezweifelt werden, dass die Menschheit vor Gefahren steht, denen unverzüglich begegnet werden müsse, erklärte der Exekutivsekretär der UNO-Rahmenkonvention über Klimawandel (UNFCCC), Ivo de Boer. Er rief die Regierungen auf, die unter der Schirmherrschaft der UNO geführten Verhandlungen voranzubringen.



KONFLIKTE

Darfur

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen kündigte am 26. Jänner die Entsendung einer hochrangigen Mission unter Leitung der Friedensnobelpreisträgerin Jody Williams in die Krisenregion Darfur an, um dort die Lage der Menschenrechte zu untersuchen. Die Mission musste jedoch aufgrund nicht ausgestelltter Visa abgesagt werden.

Am 12. Februar trafen der Sondergesandte des Generalsekretärs für Darfur und ehemalige Generalversammlungspräsident Jan Eliasson und Salim Ahmed Salim von der Afrikanischen Union in Khartum ein, um gemeinsam zu versuchen, den ins Stocken geratenen Friedensprozess in der Krisenregion wieder in Gang zu bringen. Seit 2003 sind in der Region Darfur rund 200.000 Menschen ums Leben gekommen; zwei Millionen Menschen wurden aus ihren Dörfern vertrieben.

Irak

Am 16. März berieten rund 100 Delegationen von Mitgliedstaaten, humanitären Hilfsorganisationen und Regionalorganisationen in New York eine langfristige Initiative zur Konsolidierung des Friedens im Irak für die nächsten fünf Jahre. Der Pakt konzentriert sich auf die langfristige wirtschaftliche Entwicklung des Landes, ohne die notwendigen Fortschritte im politischen und Sicherheitsbereich aus den Augen zu verlieren. Er soll der Regierung beim Aufbau einer sicheren, vereinigten und demokratischen Nation helfen, die auf der Grundlage von Freiheit und Gleichberechtigung Frieden und Wohlstand für alle Bürger bringt.

Bei einem Überraschungsbesuch in Bagdad führte Generalsekretär Ban am 22. März Gespräche mit dem irakischen Ministerpräsidenten Nouri al-Maliki und anderen politischen Führungskräften. Er traf auch mit ausländischen Diplomaten und UNO-Mitarbeitern zusammen und erörterte die UN-Hilfspläne für die irakische Bevölkerung. Ban betonte, dass alle politischen Gruppen in den politischen Prozess eingebunden sein sollten und wies auf die Bedeutung der Einhaltung internationaler Menschenrechtsnormen hin.

Naher Osten

Am 2. Februar zeigte sich das "Diplomatische Quartett" für den Nahen Osten zutiefst besorgt über die Explosion der Gewalt zwischen den Palästinensergruppen. Gleichzeitig unterstützten die Vertreter der USA, Russlands, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen die amerikanischen Bemühungen zur Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen Israel und den Palästinensern in Washington.

Am 21. Februar sah das Quartett Anzeichen für Fortschritte in der Lage im Nahen Osten und bekräftigte seine Entschlossenheit zur Förderung des Dialoges zwischen Israel und den Palästinensern. Bei der Tagung in Berlin ging es um die Anfang Februar erzielte Einigung über eine neue palästinensische Regierung. Sofern sich diese "zur Gewaltlosigkeit, zur Anerkennung Israels und zur Annahme früherer Vereinbarungen und der Road Map" bekenne, könne sie auf die Unterstützung des Quartetts zählen.

Tschad

Angesichts anhaltender Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und aus dem Sudan kommender Rebellen im Osten des Tschad, wiederholter Überfälle durch Milizverbände und ethnischer Gewalt hat UN-Generalsekretär Ban am 23. Februar die Bildung einer 11.000 Mann-starken Friedenssicherungsmission zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Verhinderung von Grenzübergriffen vorgeschlagen. Die Anwesenheit von 232.000 sudanesischen Flüchtlingen und 120.000 Binnenvertriebenen im Osten des Tschad stellen die Region vor eine mehrfache Sicherheitskrise und schwierige humanitäre Lage.

Afghanistan

Während es bei der Koordinierung der nationalen Entwicklungsbemühungen Fortschritte gegeben habe, würden die zunehmende Gewalt in Afghanistan und seine Partner in eine sehr kritische Lage bringen, heisst es in einem am 19. März veröffentlichten UN-Bericht. Die Welt müsse ihr Engagement für Afghanistan erneut bekräftigen und rasch für eine Konsolidierung des bisher Erreichten sorgen, forderte UN Generalsekretär Ban in dem Bericht an den Sicherheitsrat.

Nepal

Am 10. Jänner sprach sich Generalsekretär Ban für die Bildung einer kleinen politischen UN-Mission in Nepal aus, die mit unbewaffneten Militärinspektoren, Wahlexperten, Polizeieinheiten und Zivilverwaltungspersonal die Friedensvereinbarung zwischen der Regierung und den maoistischen Rebellen überwachen soll. Bei dem vorangegangenen jahrzehntelangen Konflikt waren 13.000 Menschen ums Leben gekommen; Tausende wurden vertrieben. Der Sicherheitsrat billigte am 23. Jänner die neue Mission.



Iran

UN-Generalsekretär Ban bezeichnete am 21. Februar die iranische Nuklearfrage als ernstes Anliegen der internationalen Gemeinschaft. Er rief die iranische Regierung auf, uneingeschränkt mit dem Sicherheitsrat zusammen zu arbeiten und die Verhandlungen fortzusetzen. Vergangenen Dezember hatte der Rat Sanktionen gegen den Iran mit dem Hinweis verhängt, sein Nuklearprogramm sei auf die Entwicklung von Atomwaffen ausgerichtet - eine Behauptung, die von der Regierung des Iran beharrlich bestritten wird. In einem Bericht an den Sicherheitsrat hat der Generaldirektor IAEA, Mohamed ElBaradei, am 28. Februar festgestellt, dass der Iran sein Programm zur Urananreicherung fortgesetzt habe. Ohne Kontrollen vor Ort könne nicht festgestellt werden, ob das Nuklearprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken diene. Am 8. Mai setzte der Gouverneursrat der IAEA 22 Projekte der technischen Hilfe im Einklang mit den Sanktionen des Sicherheitsrates aus. ElBaradei hat eine "Auszeit" vorgeschlagen, um weitere Gespräche zu ermöglichen.

Somalia

Am 9. Jänner kündigten die UNO die Entsendung einer Mission zur Bewertung der humanitären Lage an der Grenze Somalias zu Kenia an, wo Tausende Binnenvertriebene Zuflucht vor den Kämpfen der Übergangsregierung mit den Anhängern der Union Islamischer Gerichte gesucht haben.

Am 20. Februar ermächtigte der Rat die Afrikanische Union zur Entsendung einer Friedensmission, um in dem krisengeschüttelten Land, das seit mehr als 15 Jahren über keine funktionierende Regierung verfügt, zur nationalen Versöhnung und zur Unterstützung der humanitären Hilfe beizutragen. Angesichts der anhaltenden gewaltsamen Zusammenstöße rief der Sicherheitsrat am 23. März zu einem politischen Dialog über die Beendigung der Gewalt und den Beginn eines dauerhaften Friedens in Somalia auf.

Generalsekretär Ban Ki-Moon in Wien

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon traf am 22. Februar zu seinem ersten offiziellen Besuch in Wien ein, wo er zunächst mit Außenministerin Ursula Plassnik zusammentraf. Anschließend nahm er zu Mittag an einem von der Außenministerin gegebenen Arbeitsessen teil, bei dem auch die Außenminister Ungarns, Sloweniens, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Polens anwesend waren. Erörtert wurden regionale Belange, sowie die Kosovofrage, der Iran und der Nahe Osten. Noch am gleichen Tag stattete der Generalsekretär Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer einen Besuch ab.

Am 23. Februar hatte Ban ein Frühstückstreffen mit seinem Sondergesandten für den künftigen Status des Kosovo, Martti Ahtisaari. Danach traf er im Internationalen Zentrum Wien mit UNOV-Generaldirektor Antonio Maria Costa und leitenden Mitarbeitern des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zusammen und führte Gespräche mit den Präsidenten der Personalvertretungen der im VIC ansässigen Organisationen, sowie mit den Vorsitzenden der regionalen Gruppen und den Leitern anderer Organisationen. Im Rahmen eines "townhall meetings" mit Mitarbeitern der UN-Organisationen in Wien wurden die UN 21 Anerkennungspreise für beispielhafte und innovative Leistungen einzelner Mitarbeiter vergeben.

Am Nachmittag des 23. Februars standen Gespräche mit IAEA-Generaldirektor Mohamed El-Baradei auf dem Programm, der den Generalsekretär über seine Einladung in die Demokratische Volksrepublik Korea unterrichtete. Ban begrüßte diesen Schritt als wichtige Entwicklung zur Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel. Bei einer anschließenden Pressekonferenz nahm der Generalsekretär zu Fragen über Korea, den Nahen Osten, Kosovo und die Reform der Vereinten Nationen Stellung. Danach traf Ban mit UNIDO-Generaldirektor Kandeh Yumkella zusammen. Den Abschluss seines Wienprogramms bildete am Abend des 23. Februar ein Arbeitsessen mit Vertretern der österreichischen Wirtschaft. Dabei kam es auch zu einem kurzen Treffen mit seinem Amtsvorgänger Altbundespräsident Kurt Waldheim. Am 24. Februar flog Ban Ki-moon nach New York zurück.

Drogenmissbrauch

Der unregulierte Verkauf gefälschter Medikamente auf Straßenmärkten oder über das Internet gefährdet weltweit Menschenleben, stellt der am 28. Februar veröffentlichte Jahresbericht des Internationalen Suchtstoffkontrollrat (INCB) fest. "Medikamente, die über unregulierte Märkte bezogen werden, können tödliche Folgen für die Patienten haben, wenn es sich dabei nicht um das Originalprodukt handelt oder diese Mittel ohne ärztliche Aufsicht eingenommen werden", warnt Dr. Philip O. Emafo, Präsident des in Wien ansässigen Drogenrates bei der Präsentation des Jahresberichtes 2006. Um dieser Gefahr zu begegnen, sollen die Vertragsstaaten der Drogenkontrollverträge alle gesetzgeberischen Maßnahmen ausschöpfen und Produktion und Verkauf gefälschter Medikamente wirksam bekämpfen.

Über die Verwendung von Drogen wird in den Medien viel zu oft im Zusammenhang mit bekannten Persönlichkeiten und viel zu wenig mit Blick auf die schädlichen Folgen berichtet, klagte der Exekutivdirektor des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), Antonio Maria Costa, am 12. März anlässlich der Eröffnung einer Tagung der UN-Drogenkommission in Wien. Er verwies dabei auf einen alarmierenden Anstieg des Drogenmissbrauchs in einigen europäischen Ländern, in denen die Zahl der Drogensüchtigen zu den höchsten weltweit gehört. Costa sprach sich in diesem Zusammenhang vor allem gegen den falschen Starrummel bei Fällen von Kokainmissbrauch aus.

UNO Generalsekretär ernannt sein Spitzenteam

Die tansanische Außenministerin Asha-Rose Migiro wurde als zweite Frau in der Geschichte zur stellvertretenden Generalsekretärin der Vereinten Nationen ernannt. Ban Ki-moon würdigte bei ihrer Bestellung ihre außerordentlichen Managementfähigkeiten und ihre reiche Erfahrung in sozio-ökonomischen Themen und Entwicklungsfragen.

Als Untergeneralsekretärin für Management holte sich der Generalsekretär die mexikanische Expertin für nachhaltige Entwicklung, Alicia Bárcena Ibarra. Sie war seit 2005 Kabinettschefin seines Amtsvorgängers Kofi Annan und davor stellvertretende Exekutivsekretärin der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC).

Zum neuen Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten wurde der amerikanische Diplomat B. Lynn Pascoe ernannt, der zuletzt Botschafter der Vereinigten Staaten in Indonesien war. Davor war Pascoe stellvertretender Beigeordneter Außenminister für Europäische und Eurasische Angelegenheiten und Chefverhandler der USA für den Nagorno-Karabach-Konflikt. Der Asienexperte war auch Direktor des Amerikanischen Instituts in Taiwan und stellvertretender Missionschef in Beijing.

Als neuer Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinator wird der britische Diplomat John Holmes fungieren. Der Brite war zuletzt Botschafter in Frankreich. 1975 war er an der britischen UN-Mission in New York tätig. Weitere Stationen seiner mehr als 30-jährigen diplomatischen Laufbahn waren Moskau, Neu Delhi und Lissabon.

Der Chinese Sha Zukang wurde zum Untergeneralsekretär für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten ernannt.

Bisher war Sha Zukang Chinas UNO-Botschafter in Genf. Er ist Experte für Abrüstungsfragen und hat reiche Erfahrung in Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Er war Vorsitzender der Regierungsvertreter im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und bekleidete leitende Funktionen im Rahmen der Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD).

Die Hauptabteilung Presse und Information wird der Japaner Kiyotaka Akasaka als Untergeneralsekretär für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit leiten. Akasaka war bisher stellvertretender Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD); davor stellvertretender Generaldirektor im japanischen Außenministerium für multilaterale Zusammenarbeit und einer der Spitzenverhandler seines Landes bei der Klimakonferenz in Kyoto. 2000/2001 vertrat er sein Land als UNO-Botschafter in New York.

Der Ägypter Muhammad Shaaban wurde Untergeneralsekretär für Angelegenheiten der Generalversammlung und Konferenzmanagement. Davor war er Nationaler Koordinator für Reforminitiativen im Nahen Osten. Shaaban war beigeordneter Außenminister für Europäische Angelegenheiten und Nationaler Koordinator für Euro-Mediterrane Partnerschaft, das Mediterrane Forum und die OSZE. Von 1984 bis 1988 vertrat er Ägypten im Zweiten Hauptausschuss der Generalversammlung, im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) und im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP).

Der Inder Vijay Nambiar wurde zum neuen Kabinettschef des Generalsekretärs ernannt. Michele Montas, eine Journalistin aus Haiti, wurde neue Pressesprecherin Ban Ki-moons.

Neben den Neuernennungen behielt UNO Generalsekretär Ban aber auch einige Spitzenfunktionäre seines Amtsvorgängers Kofi Annan in seinem Team, darunter den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, Jean-Marie Guéhenno, den Untergeneralsekretär für Rechtsfragen und obersten Rechtsbeamten der UNO, Nicolas Michel, den Untergeneralsekretär für Sicherheitsfragen, David Veness, und die Untergeneralsekretärin für interne Aufsichtsdienste, Inga-Britt Ahlenius.

UNO Reform

Am 5. Februar legte Generalsekretär Ban den Mitgliedstaaten Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der UNO auf dem Gebiet der Friedenssicherung und der Abrüstung vor. Angesichts der Rekordzahl von Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen und der steigenden Nachfrage danach schlug der Generalsekretär die Schaffung einer eigenen Hauptabteilung für eine effizientere Einsatzunterstützung vor. Für die nachhaltigere Befassung mit Abrüstungsfragen soll ein Hoher Repräsentant für Abrüstungsfragen bestellt werden. Am 15. März stimmte die Generalversammlung diesen Vorschlägen zu. Die Präsidentin der Generalversammlung hat am 8. Februar die Botschafter Tunesiens, Zyperns, Kroatiens, Chiles und der Niederlande mit der Führung der weiteren Beratungen über die Reform des Sicherheitsrates betraut. Sie sollen Gespräche über die künftige Mitgliedschaft, das Vetorecht, die regionale Verteilung der Sitze, die Größe des erweiterten Rates sowie seine Arbeitsmethoden und sein Verhältnis zur Generalversammlung leiten.

Myanmar

Am 12. Jänner legten China und Russland ihr Veto gegen einen Resolutionsentwurf im Sicherheitsrat ein, der Myanmar zur Freilassung aller politischen Gefangenen, zur Aufnahme eines umfassenden Dialogs und zur Einstellung aller Menschenrechtsverletzungen gegen ethnische Minderheiten auffordern sollte. Der von den USA und Großbritannien eingebrachte Entwurf wurde von weiteren 7 Staaten unterstützt; 3 Staaten enthielten sich der Stimmen. Südafrika stimmte mit China und Russland gegen den Antrag; sie wandten ein, dass Myanmar trotz seiner offensichtlichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme keine Gefahr für den Weltfrieden darstelle und die Frage daher nicht im UNO Sicherheitsrat behandelt werden sollte.



Der globale Blick

Was vor 10 Jahren begonnen hat, entwickelte sich zu einem führenden Magazin über UNO Themen in Österreich.

Text Irene B. Stöckl, MA

Mit 1996 wurde das Vorgängermagazin "The Face" zum letzten Mal veröffentlicht. Als Nachfolger war das Magazin GLOBAL VIEW bestimmt. Zu einem Zeitpunkt als dessen Herausgeber das Akademische Forum für Außenpolitik (AFA) etwas mehr als 5 Jahre existierte.

Der Grund für den Start des Magazins war ganz einfach. Auf Grund der Vielzahl der Veranstaltungen des Vereins musste ein geeigneter Weg gefunden werden, diese zu bewerben. Damals war das Internet und E-Mailverteiler noch keine Option. Deshalb wurde an einen Newsletter gedacht, der mehrmals im Jahr die Mitglieder des AFA auf die kommenden Events aufmerksam machen sollte. Der Anteil an internationaler Politik und dessen Berichterstattung stand noch nicht so sehr im Mittelpunkt. Allerdings waren die täglichen Probleme eines jeden Vereins allgegenwärtig. Die Veröffentlichung des Newsletters konnte mit der Aktualität der Veranstaltungen nicht mithalten. Aus diesem Grund entwickelte sich das Magazin immer mehr zu einer Publikation für internationale Politik, Europäische Themen und die österreichische Außenpolitik.

Der Zeitpunkt war insgesamt sehr wichtig. Denn der Organisation stand kein adäquates Publikationsorgan zur Verfügung. Wie auch die restlichen Tätigkeiten im AFA, war auch die eingebrachte Arbeit im GLOBAL VIEW von Anfang an eine ehrenamtliche. Mit acht Ausgaben wurde bereits im ersten Jahr voll durchgestartet. Die erste Ausgabe beschäftigte sich mit so wichtigen Themen wie dem Kampf der Kulturen und den Thesen von Samuel Huntington. Aber auch GLOBAL VIEW Klassiker wie die Berichte über die

jährlich stattfindende UNO Simulationskonferenz des AFA die VIMUN (Vienna International Model United Nations) fehlten von Anfang an nicht. Damals wie heute konnten bekannte Persönlichkeiten als Gastkommentatoren für das Magazin gewonnen werden. In der ersten Ausgabe gab immerhin Andreas Unterberger ein Interview.

Europäische Themen standen ebenfalls von Beginn im Mittelpunkt. Wird in aktuellen Ausgaben über eine Studienreise des AFA auf den Balkan 2007 berichtet, wurde bereits 1997 von einer Reise nach Bosnien eines Redakteurs und seinen Besuch der SFOR Truppen (heute EUFOR) geschrieben.

Heute umfasst das Magazin 64 Seiten und erscheint vier Mal im Jahr. Was als Schwarz/Weiß Publikation seinen Anfang nahm, wurde zu einem bunten Magazin entwickelt. Im Jahr 2007 deckt das Heft eine Sparte in Österreich ab, die bisher von anderen deutschsprachigen Magazinen nur spärlich bedient wird. Dass das GLOBAL VIEW sowohl englische als auch deutsche Artikel veröffentlicht, hat den Vorteil, dass auch das internationale Publikum immer wieder Gelegenheit bekommt, sich über aktuelle Themen zu informieren. Für die Zukunft stehen dem Magazin viele Möglichkeiten offen. Sollte es die finanzielle Lage ermöglichen (Unterstützung durch Inserenten), hat sich das Magazin zum Ziel gesetzt, eine breitere Öffentlichkeit über internationale und europäische Themen sowie Themen der österreichischen Außenpolitik zu informieren. Bis dahin ist das Magazin und sein Redaktionsteam bemüht die Qualität weiter auszubauen - international, jung, dynamisch.

<<



Das GLOBAL VIEW im Wandel der Zeit

From Earth to Sun

The International Heliophysical 2007 will be build on the success of the International Geophysical Year from 1957. **Text** Prof. Helmut O. Rucker

The "Fire of Heaven", one of the most fascinating phenomena connected to solar-terrestrial relationships, are the polar lights, and more than 650 years ago, around the year 1350, the very first and precise description of an auroral display can be found in "The Book of Nature" written by the scholar Konrad von Megenberg. Still lacking physical explanation, this was a remarkable step forward in view of the fact that in the early days of mankind those auroral phenomena have been interpreted as signs of God, heralding the forthcoming end of the world. First international cooperations on a broad basis is also based on the physics of polar regions.

The First International Polar Year was the idea of the Austro-Hungarian Naval lieutenant Karl Weyprecht who, in 1875 proposed to the Austrian Academy of Sciences the establishment of an international collaboration for a systematic exploration of the arctic region. Following his proposal, the "First International Polar Year 1882/83" was initiated. Our understanding of physical processes, in particular on the aurora physics, the connection to external forces and their origin at our sun, has definitely increased and made a significant leap forward during the International Geophysical Year 1957. The fiftieth anniversary of the IGY 1957 will be celebrated in

a series of worldwide activities trading under a new initiative, the IHY 2007.

In continuation of an international cooperation five decades ago, which involved about 60.000 scientists from more than 60 nations, and which focused on the study of global phenomena at the Earth and near-Earth Space, the International Heliophysical Year 2007 extends Geophysics to Heliophysics, comprising the sun, earth, and the outer reaches of the heliosphere, and even includes the interaction of the solar wind plasma with the interstellar medium, involving scientists and engineers from all Member States of the United Nations.



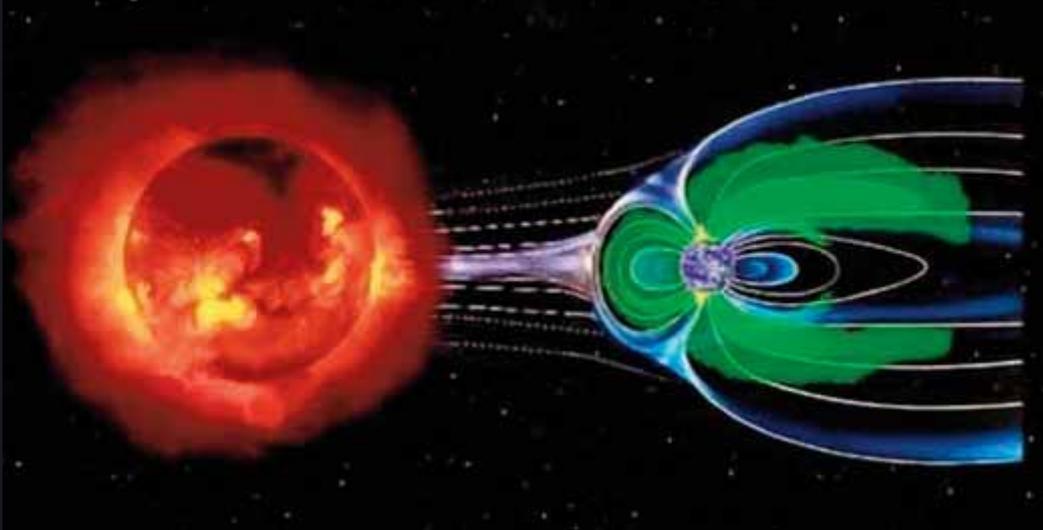
Although "heliophysics" strictly speaking is limited to the physics of the sun, the current understanding of "heliophysics" is the physics of that space in which the sun and the solar wind plasma as expanding solar atmosphere dominate the physical processes, reaching the vast realms of our solar system and interacting with stellar wind plasma. This range is under detailed investigations where in a multitude of national and international activities the International Heliophysical Year 2007 is defined. The solar wind, mainly consisting of electrons and protons, gets accelerated in the close vicinity of the sun (some solar radii) and expands into interplanetary space with a bulk speed of on average 300 - 800 km/s. The solar wind interacts with magnetized planets in a way that the planetary magnetic field lines get compressed on the dayside and stretched on the nightside into a long cylindrically shaped magnetic structure, the so-called magnetotail. This magnetically dominated space around a magnetized planet is termed a "magnetosphere". Explosive events at the sun however can develop into

coronal mass ejections (CMEs) reaching bulk velocities up to 2000 km/s. In this case, if directed towards Earth, this high speed plasma reaches Earth within one day and may compress the dayside magnetospheric boundary (generally located at around 10 Earth radii distance from the center of Earth) down to geostationary orbit (at approximately 6 Earth radii), potentially damaging geostationary satellites. This is the scenario where "Space Weather" gets importance with regard to disturbances of terrestrial satellite communication and ground-based power line influence.

Exactly 125 years after the First International Polar Year, and 50 years after the legacy of the International Geophysical Year, the at present starting IHY 2007 focuses on scientific objectives, which have been discussed at the First IHY 2007 Science Meeting in the premises of the Austrian Academy of Sciences, Vienna, on February 20, 2007, just one day after the Opening Ceremony of the IHY 2007 at the United Nations, Vienna International Center. Main IHY objectives have

been defined as follows: Development of basic science of heliophysics through cross-disciplinary studies of universal processes, determination of the response of terrestrial and planetary magnetospheres and atmospheres to external drivers, promotion of the research on the sun-heliosphere system outward to the local interstellar medium - the new frontier, fostering the international scientific cooperation in the study of heliophysical phenomena, preservation of history and legacy of the International Geophysical Year on its 50th anniversary and communication of unique IHY results to the scientific community and the general public.

Out of those objectives four elements have been defined which form the IHY program: (1) Science of universal processes by performing Coordinated Investigation Programs (CIPs), (2) establishment of a distributed small instrument program reaching new observational capability, (3) enhancing education and public outreach, promoting space research and (4) preservation of IGY history, keeping history of space physics in mind.



In order to meet, e.g., the request of "Determination of the response of the terrestrial magnetosphere to external drivers", corresponding research activities at the Space Research Institute Graz, Austrian Academy of Sciences, have been performed since years. Studies of solar plasma physics, the development and evolution of Coronal Mass Ejections, and the impact of these high speed solar wind streams on planetary environments, in the case of Earth the dramatic changes in the magnetospheric configuration with all effects on geostationary satellites and power lines on the ground, summarized as Space Weather, are in the focal point of our investi-

gations. Scientists from the Space Research Institute are also engaged in co-investigator positions of the NASA/STEREO mission, in leading positions of the ESA/Cluster, the ESA/CSA Double Star or the most recent NASA/THEMIS missions. The satellites STEREO-A and STEREO-B are two almost identical spacecraft in orbit around sun, STEREO-A slightly ahead of Earth, STEREO-B behind Earth, and both looking towards the sun and the solar environment from a stereoscopic vantage point. The Space Research Institute Graz has fully calibrated the STEREO/WAVES antenna system which enables a correct determination of source locations and

propagation path of solar radio emissions, accompanying shock structures which have been released by the sun. The multi-satellite CLUSTER, Double Star, and THEMIS missions are in orbit around Earth, responsible for the global as well as detailed observations of the magnetospheric response to external (solar) forces. Also in this field the Space Research Institute is strongly involved in experimental and theoretical tasks.

Other Austrian contributions to IHY regard the observations of the sun at Observatory Kanzelhöhe and corresponding theoretical investigations carried out at Karl-Franzens University Graz, and the study of stellar (astero)



seismology at the University Vienna (see website <http://ihy-austria.oeaw.ac.at>). An overview on worldwide activities can be obtained via <http://ihy2007.org>.

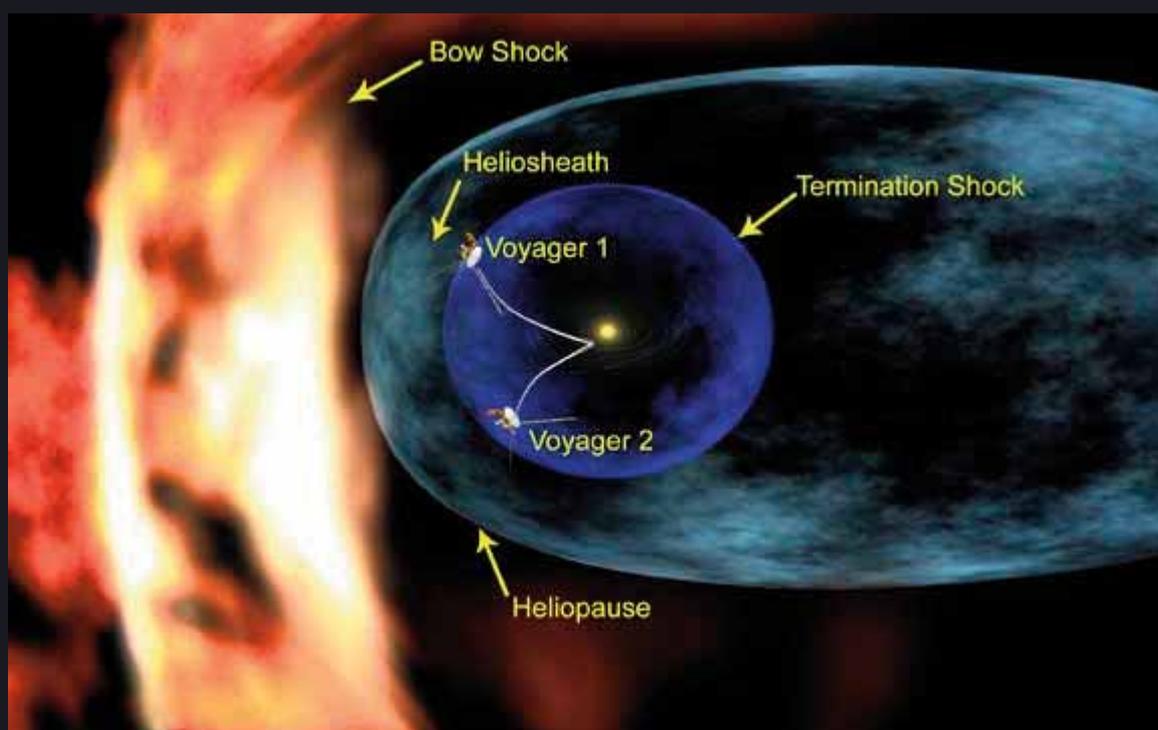
Regarding public outreach, preparations are under way to join the worldwide Open Doors Day June 10, 2007, by various activities around this date, by public presentations also in Austria, at institutes, observatories, planetaria, museums, and schools. Corresponding announcements will be posted well in advance at the website of IHY-Austria.

In addition to IHY 2007 other international activities have to be mentioned, which are important in the context of global efforts: The

International Year of Planet Earth (IYPE), the electronic Geophysical Year (eGY), the International Polar Year (IPY), and finally, with a high potential of synergy, the EC project EUROPLANET. All those activities are aiming towards a close cooperation on a global level. Besides the enhancement of scientific understanding of heliophysics, the most intriguing aspect of the International Heliophysical Year 2007 is the international collaborative spirit, well represented by the United Nations, providing a global view on the beauty and relevance of heliophysics to our world. <<

Links to websites:

<http://ihy2007.org/>
<http://ihy-austria.oeaw.ac.at/>
http://www.ihy2007.org/science/science_themes.shtml
<http://www.lesia.obspm.fr/IHY/kickOFF/index.html>
http://www.ivf.oeaw.ac.at/english/welcome1024_e.html
<http://www.yearofplanetearth.org>
<http://www.egy.org>
<http://www.ipy.org>
<http://europlanet.cesr>



Press Freedom, Safety of Journalists and Impunity

This year's World Press Freedom Day will commemorate all those journalists who have died just because they wanted to report what was happening. **Text** Eric Lind

On October 7, 2006 the Russian journalist Anna Politkovskaya was shot dead in the elevator of her Moscow apartment. Anna was an award-winning investigative reporter who was known internationally for the hundreds of articles she published on the conflict in Chechnya. Anna's pursuit of truth brought her both prominence and peril - ultimately, it cost her life.

The murder of Anna Politkovskaya attracted international condemnation and offered a brief glimpse into a pressing global problem that concerns us all. Anna's story is typical of those journalists killed for providing independent information and outspoken reporting. Most of these stories go untold and without justice - this is especially true when lesser known journalists or local journalists in conflict situations are killed.

It is a grave reality that media professionals are harassed, attacked, detained and murdered in many countries around the world. In fact, being a journalist has never been more dangerous. According to press freedom organizations, 2006 was the bloodiest year on record with over 150 media killings. Most of these are not accidental deaths but targeted killings. Hundreds more journalists, editors and publishers were arrested, threatened or attacked because of their work. Consider a few appalling statistics:

- 1000 journalists and support staff have died trying to report the news around the world in the past 10 years: an average of two a week

- There were over 150 murders, assassinations and unexplained deaths of journalists and media workers in 2006.

- There were 1,472 incidents recorded in 2006 where journalists were physically attacked or threatened.

The majority of crimes committed against journalists and other media professionals remain uninvestigated and unpunished. According to the International News Safety Institute, the killers of media personal were not identified in two-thirds of cases and were never prosecuted in nine out of ten cases. As long as this pervasive culture of impunity exists, journalists will remain easy targets.

In conflict zones, the leading cause of death for media personal is not cross-fire, indiscriminate attacks or "collateral damage", as one might suspect. Media personal, despite their status as civilians under international humanitarian law, are primarily killed as deliberate targets. Although international journalists seize the media spotlight, local journalists are the overwhelming majority of victims - according to the Committee to Protect Journalists, local journalists comprise 85% of media casualties in conflict zones.

The present situation in Iraq is a horrific example. For the fourth consecutive year, Iraq is the most dangerous country to practice journalism. Last year alone there were 69 media professionals killed. Over 170 media professionals have been killed in Iraq since the invasion in April 2003 - 75% of deaths

were local journalists. Never in recorded history has there been such a large-scale killing of journalists.

The dramatic escalation of violence against media professionals and the high percentage of impunity for these crimes are an immediate threat to press freedom and freedom of expression throughout the world. Press freedom and freedom of expression are basic rights indispensable to the exercise of democratic citizenship. Every aggression against a journalist is an attack against our fundamental freedoms; the safety of journalists is an issue that affects us all.

As the only UN agency with a mandate to defend press freedom, UNESCO has been actively engaged in efforts to improve press freedom and freedom of expression. World Press Freedom Day on May 3rd is one such effort to raise awareness about press freedom. In light of the growing dangers and insecurities journalists face, this year's World Press Freedom Day will address the intimate connection between press freedom, safety of journalists and impunity.

Some four hundred journalists, editors, media professionals, researchers and non-governmental organizations will participate in the two-day conference. The conference will articulate the rising challenges to the safety of media professionals, identify the specific dangers journalists face when working in conflict areas, consider the problem of impunity with regard to attacks on journalists, and



explore measures that can be taken to improve the safety of journalists.

This year's celebration will be held in Medellin, Colombia due to the 10th anniversary of UNESCO/Guillermo Cano Press Freedom Prize - named honoring the Colombian journalist Guillermo Cano, who was killed in 1986 for criticizing the country's powerful drug lords. Created in 1997, the Prize is intended to "honour, each year, a person, organization or institution that has made a notable contribution to the defence and/or promotion of press freedom anywhere in the world, especially if this involves risk." Anna Politkovskaya will be awarded posthumously the 2007 UNESCO/

Guillermo Cano Press Freedom Prize. Her tragic story illustrates the necessity to raise awareness about the safety of journalists.

World Press Freedom Day is one such occasion. The words of UNESCO Director-General, Koïchiro Matsuura, capture the spirit of this day: "As we celebrate World Press Freedom Day, let us reflect on ways to propagate values that respect the media's vital role in promoting sustainable peace, democracy and development. Let us commemorate media professionals who have lost their lives, and honour those who bring us information despite danger and risk. Above all, let us appreciate the intimate relationship bet-

ween securing the safety of journalists and realizing our own freedoms. Our ability to act as informed citizens of the world depends on a media that can work freely and safely."

<<

International - Jung - Dynamisch

10 Jahre **GlobalView**

WELTPRESSEFREIHEITSTAG



Mi 2. Mai 07

21:00

BADESCHIFF / LADERAUM (DONAUKANAL U1/U4 Station Schwedenplatz)

DJ's: Paddy Starbuck
Konarzewski
& VJ's

Assassinated Journalists and Media Workers since the beginning of 2006. Since the end of 2002 almost 200 have died, most of them in Iraq and the Philippines. This chart shows their names, their time of death and their countries of origin and where they died.

Mohan al-Zaher	Brad Will	09-09-2006 13:15	mocratic)	Philippines	Iraq
04-03-2007 8:00	27-10-2006 16:00	Iraq	Alaa Hassan	Ahmed Kadhem	Munsuf Abdallah al-Khaldi
Iraq	Mexico	Mohammed Ahmed	07-07-2006 13:00	10-05-2006 7:00	13-03-2006 11:01
Jamal al-Zubaidi	Saed Mahdi Shalash	05-09-2006 12:00	Iraq	Iraq	Iraq
03-03-2007 9:00	26-10-2006 16:00	Sudan	Sampath Lakmal de Silva	Muazaz Ahmed	Ilya Zimin
Iraq	Iraq	Jesús Flores Rojas	01-07-2006 12:00	08-05-2006 7:40	26-02-2006 11:00
Jean-Rémy Badio	Raed Qaies	23-08-2006 12:00	Sri Lanka	Iraq	Russia
19-01-2007 15:00	14-10-2006 16:00	Venezuela	Martin Adler	Laith Mashaan	Khaled Mohsen
Haiti	Iraq	Atilano Segundo Pérez Barrios	23-06-2006 7:00	08-05-2006 7:00	22-02-2006 12:30
Godwin Agbroko	Anna Politkovskaya	22-08-2006 12:00	Sweden died in Somalia	Iraq	Iraq
22-12-2006 14:00	07-10-2006 10:00	Colombia	Hayatullah Khan	Abed Shaker al Demaimi	Atwar Bahjat
Nigeria	Russian Federation	Sinnathamby Siva-maharajah	16-06-2006 12:00	07-05-2006 7:00	22-02-2006 12:25
Ponciano Grande	Christian Struwe	20-08-2006 10:00	Pakistan	Iraq	Iraq
07-12-2006 13:00	06-10-2006 15:15	Sri Lanka	Aran Narayan Dekate	Mohammed Khamaf	Adnan Khairallah
Philippines	Germany	Yevgeny Gerasimenko	10-06-2006 12:50	07-05-2006 7:00	22-02-2006 12:00
Fadhila Abdelkarim	Karen Fischer	26-07-2006 14:00	India	Iraq	Iraq
26-11-2006 16:00	06-10-2006 15:00	Russian Federation	Ali Jaafar	Saud M'Zahim Al-Hedaithi	Saúl Suárez Sandoval
Iraq	Germany	Ajuricaba Monassa de Paula	31-05-2006 12:00	05-05-2006 7:50	14-02-2006 15:35
Raad Jaafar Hamadi	Jassem Hamad Ibrahim	24-07-2006 14:00	Iraq	Iraq	Ecuador
22-11-2006 16:00	04-10-2006 10:00	Brazil	Paul Douglas	Saad Shammari	José Luis León Desiderio
Iraq	Iraq	Layal Nagib	29-05-2006 12:40	05-05-2006 7:00	13-02-2006 15:00
Luma Mohammad Reyad	Azad Muhammad Hussein	23-07-2006 15:00	Iraq	Iraq	Ecuador
17-11-2006 11:00	03-10-2006 10:00	Lebanon	James Brolan	Rajaratnam Ranjith	Ronald Waddell
Iraq	Iraq	Suleiman al-Chidiac	29-05-2006 12:00	02-05-2006 20:55	30-01-2006 12:00
Fadia Mohammed Abid	Ogulsapar Muradova	22-07-2006 15:00	Iraq	Bastian George Sagayathas (Suresh)	Guyana
15-11-2006 11:00	14-09-2006 11:00	Lebanon	Munir Ahmed Sangi	02-05-2006 20:00	Mahmoud Za'al
Iraq	Turkmenistan	Abdul Qodus	29-05-2006 12:00	Sri Lanka	23-01-2006 14:00
Muhammad al-Ban	Bellal Hossain Dafadar	22-07-2006 6:00	Pakistan	Gustavo Rojas Gabalo	Iraq
13-11-2006 14:00	14-09-2006 10:25	Afghanistan	Herliyanto	29-03-2006 10:00	Graciano Aquino
Iraq	Bangladesh	Armando Pace	Indonesia	Colombia	21-01-2006 9:00
Aswan Lutfallah	Safa Isma'il Enad	18-07-2006 7:00	Fernando "Dong" Batul	Jaime Arturo Overa	Philippines
13-11-2006 13:00	12-09-2006 13:10	Philippines	22-05-2006 14:00	Bravo	Rolly Cañete
Iraq	Iraq	Bapuwa Mwamba	Philippines	14-03-2006 16:20	20-01-2006 9:00
Misael Tamayo Hernández	Hadi Anawi al-Joubouri	08-07-2006 12:00	Albert Orsolino	Mexico	Philippines
10-11-2006 10:00	12-09-2006 13:00	Congo (Republic De-	16-05-2006 12:00	Muhsin Khudhair	Prahlad Goala
Mexico	Iraq			13-03-2006 14:00	06-01-2006 15:00
	Abdel Karim al-Rubai				India

It's Not About Age

When in 2005 the International Atomic Energy Agency (IAEA) together with its Director General Dr. Mohamed ElBaradei won the Nobel Peace Prize, many people were not all too familiar with the organization's mission. **Text** Fabio Maurer

Since that day the constant media coverage on the nuclear programmes of Iran or North Korea may have changed this fact. Still a great part of the work of the organization remains unknown to many. On the occasion of its 50th anniversary this article looks back at events in history that shaped the IAEA as well as at the organization's contribution to civil society. What started 50 years ago in a few rooms of a Viennese city hotel is now an organization, whose 2200 staff members occupy an entire 28 story building at the Vienna International Centre as well as offices and laboratories around the globe. This perhaps best illustrates the development of the IAEA from a technical Secretariat to an Agency at the epicentre of the global Peace and Security Policy. The IAEA is the only UN related organization that annually reports the General Assembly and can notify the Security Council in case of non-compliance of a member state regarding their obligations as well as in matters relating to International Peace and Security. This fact alone speaks for the organization's importance. Simply speaking the main idea of the Agen-

cy is, in accordance with the Atoms for Peace vision of then U.S. President Dwight D. Eisenhower in 1954, to keep the number of states with atomic weapons as low as possible, but on the other hand to make the benefits of the peaceful and safe use of nuclear technology, i.e. in power generation, medicine, alimentation, agriculture, environmental protection or in the process of water recycling, available to as many people as possible. Can we then say that the work of the IAEA has not been effective enough simply by the fact that the number of states possessing atomic weapons tripled from 1957 to 2007? (U.S., GB, Russia, China, France, India, Pakistan, North Korea and Israel). Or do we have to congratulate the organization for the fact that the number of nuclear weapon states is still considerably low and smaller than expected by many. If one followed the recent negotiations with the People's Republic of North Korea from the point of how much global attention and valuable proposals were offered from the international community to North Korea, a dictatorship previously branded as part of the axis of evil, in ex-

change for their consideration to disarm their atomic weapons arsenal, one does not have to wonder if other states would also appreciate the same negotiation power to support their interests. Illusions aside one cannot expect an organization that is limited to the implements of international law to safeguard the proliferation of atomic material, to be stronger than the international law itself. Well illustrated in the case of North Korea: in 1992 the IAEA detected in North Korea discrepancies between the amounts of declared fissionable material and the amounts measured by the laboratories of the IAEA. After no agreement could be met, the IAEA Governors Council reported to the UN Security Council. As a consequence North Korea resigned from the IAEA and the Treaty of Non-Proliferation (NPT). The IAEA together with the U.S. could consider themselves fortunate that North Korea was later willing to conclude agreements that today allow limited inspections giving some control over the regimes nuclear activities. Given this demonstration of de-facto powerlessness of the international community facing the decision of a sovereign state and the fact that about 30 more states would have the means to develop atomic programs, we should rather compliment the IAEA together with the international community for their common effort to have successfully convinced these potential states through words, conventions and various other stimuli to refrain from their nuclear ambitions. Arguably the most important step was the Treaty of Non Proliferation (NPT) of 1970. The Treaty, today signed by 188 countries, allows the five nuclear powers of that time (U.S., GB, Russia, China and France) to possess nuclear weapons. They, however, agree not to transfer nuclear weapons or technology to non-nuclear weapon states. The latter on their hand promise not to seek nuclear weapons; in return they receive, while constantly sub-



Fotos IAEA

jected to inspection, assistance in the peaceful use of nuclear technology, i.e. nuclear reactors for energy generation. Furthermore, Article VI of the NPT obliges the nuclear powers to slowly disarm their nuclear arsenals, an obligation that none of the five "nuclear" states has met to date. Beside this, Pakistan, India and Israel have not signed the NPT and meanwhile have become nuclear weapon states. North Korea withdrew from the NPT before deciding to become a fully-fledged nuclear state.

If there was one event that changed the role of the IAEA towards an organization in the centre of Global Peace and Security Policy, it was the discovery of nuclear activities in Iraq in 1991, a fact that took the world and the Agency by surprise. This very moment the IAEA realized that it did not have the means to deal with states that are not cooperating or providing false information about their nuclear programs. As a consequence the IAEA was mandated to monitor Iraq (later North Korea and Iran). In order to strengthen the NPT, the IAEA established an additional Protocol 93+2 which came into effect in 1995. This Treaty largely extended the information duties of the member states and private companies as well as the inspection mandate of IAEA personnel. As of today only 70 of the 140 IAEA member states have signed the NPT-additional Protocol. In Europe, France and the UK did not sign. While many experts say that the NPT in combination with the additional Protocol would be sufficient, if universally ratified, the U.S., without having ratified the additional Protocol, calls for a strengthening of the NPT. Arguably today the even bigger danger than from states comes from the threat of terrorist networks using traditional bombs containing radioactive material, so called dirty bombs. Thanks to the worldwide inspections through IAEA personnel, high-tech machinery or even satellite pictures as well as the cooperation of the member states lead to a complete and coherent database, this way movements or losses of such material can be soon detected and backtracked. The second important responsibility of the IAEA is the safe and

peaceful use of nuclear technology to the greatest possible global benefit. In setting security standards for atomic power plants the IAEA contributes largely to the global safety. The IAEA developed a database including all nuclear incidents and its cause as well as emergency plans to be followed by the states in case of a nuclear catastrophe. Since we are currently facing a change of policy in Europe and a growing demand of nuclear power in emerging countries such as China and India and some developing countries, the importance of globally accepted safety standards is very much in our interest. In promoting nuclear energy for power generation, the IAEA is also subject to criticism, activists claim that the organization is playing down the danger of power plants and by assisting countries in their civil programmes gives them the chance to gain knowledge for an eventual non-civil programme. Fact is that no country, while subjected to inspections, has managed to convert the civil programme into a military one. As for nuclear energy, one should open a new public discussion, what 20 years after Chernobyl the dangers (i.e. nuclear incident, nuclear waste) really are and what the possible benefits (i.e. lower emission values for greenhouse gas, world stability through less oil dependence?). What concerns the peaceful use of atoms, other than power generation, the overoptimistic

expectation of the 1950s to have found the solution to many global problems was disenchanting. For many experts the main problem was that only a small number of states had the knowledge and the necessary infrastructure to benefit from the achievements of nuclear technology. In response the IAEA supported many talented young scientists from developing countries through scholarships or by bringing those together with leading scientists to spread existing knowledge. The developing countries could become the main beneficiaries using nuclear technology in their fight against malnutrition, environmental pollution and shortage of resources.

The IAEA is coordinating the work of the FAO and the WHO in this matter. Once this fight will be won, the nutriment for radical ideologies, which are built on poverty and desperation, will cease to exist. At that point in time, regardless how many countries will have signed the NPT, nuclear weapons will be most likely displayed in museums as relicts from a left-behind time. Until that day we can only hope that the IAEA shows the same commitment and the sageness of 50 years to ban the danger of nuclear weapons, which are, so former U.S. President Ronald Reagan, "totally irrational, totally inhumane, good for nothing but killing, possibly destructive of life on earth and civilisation". <<



Saving the Might at the UN

Zalmay Khalilzad rose to fame in US politics. Now he replaced John Bolton as Ambassador of the US to the United Nations. **Text** Johanna Weberhofer, MA

The results of the mid-term elections of November 2006 sent out a clear signal: the end of the temporary appointment of John R. Bolton as US Permanent Representative to the UN-New York and the end of the era of one of the most controversial US government officials ever. Bolton, temporarily appointed during a Congressional recess in 2005, never received official confirmation by the US Senate. Anticipating that the formal resubmission of his nomination might contradict the much demanded "new direction" of US foreign policy, John R. Bolton finally announced at the end of 2006 that he would not stand for the NY post any longer. Within days, the number of potential successors to John Bolton increased by leaps and bounds, and soon Zalmay Khalilzad's name was in the prominent company of Alejandro Wolff (Acting Permanent Representative to the UN in NY) or Joe Lieberman, Republican candidate for US Vice President in 2000.

Let's throw a detailed glance at the man who "is a skilled and experienced diplomat with proven ability to lead from principle, to build consensus and to get results" (Secretary of State Condoleezza Rice upon announcing Khalilzad's nomination) and who will be the first Muslim member of the US Cabinet? Born in 1951 in Mazar-i-Sharif in Afghanistan, Zalmay "Zal" Khalilzad attended high school in Kabul, and left for Lebanon to study at Beirut's American University before receiving his PhD from the University of Chicago in the late 1970s. Chicago brought Zal into close intellectual contact with Albert Wohlstetter, a proponent of nuclear deterrence thinking. Finally, 5 years into his assistanceship in political science at Columbia University, Khalilzad acquired US citizenship. In the very same year (1984), he was awarded a one-year fellowship for temporary assignment to the State Department - during this post he worked for

Paul Wolfowitz, then director of Policy Planning, who in turn was a protégé of Albert Wohlstetter at the University of Chicago. An abridged version of Zal's career history reads as follows: Special Advisor on Afghanistan 1985-1989, Special Assistant to the President for SW Asia, the Near East and North Africa under presidents Reagan and Bush Sr., Senior Defence Department official for policy planning, Advisor for UNOCAL (giant oil company planning a Trans-Afghanistan gas pipeline project) in the mid-90s, Director of the Strategy, Doctrine and Force Structure Programme for the RAND Corporation's Project Air Force 1993-1999, senior po-

sitions on the National Security Council, and two ambassadorial appointments: US Ambassador to Afghanistan and to Iraq (since August 2005). Also take note of the fact that, in 1998, Khalilzad - like Bolton! - was one of the signatories of a PNAC (Project for a New American Century) letter to President Clinton in favour of a US military intervention in Iraq.

What can we expect of Khalilzad regarding his contribution to future US-UN relations? He will start with a significant bonus in the Muslim world, a region crucial to the work of the UN as it hosts some of the most intractable conflicts. It is widely hoped that Zal's



Photo: <http://www.state.gov>

personal background will allow him to convince key players in the region to collaborate more closely with the UN, and to engage in direct consultation and negotiations with each other.

His appointment could also be viewed as a change in the position of the White House towards the UN from a feeling of supremacy and of favouring unilateralism to one of mutually beneficial assistance, away from the hitherto critical attitude of the US towards the UN, which saw the UN being sidelined occasionally during the first term in office of Bush Jr. and do things single-handedly in case no agreement could be reached in multi-

lateral fora. Pivotal to Khalilzad's record as US Permanent Representative might be his ability to give US interests a strong voice at the UN without appearing overtly unsympathetic areas of the world that are severe critics of the US foreign policy.

With extensive diplomatic experience outside the US counting on his reputation as an "independent, smooth and high-flying operator" (NY Times), Zal would certainly contribute a comprehensive understanding of a large part of the Muslim world to US-UN relations, or, in the words of a bipartisan Iraq study group: "[...] are taking the UN seriously and sending somebody who has real weight with

this administration, and who has served in our toughest post." Someone, who is said not to be wanting to erode the credibility of the UN.

Is Khalilzad on to a new trouble spot then? And was it advantageous of the US to appoint a Muslim to the NY post? Less confrontational than Bolton, and less inclined to view international affairs in terms of black and white? It is safe to say that he will be welcomed by the UN, not only because of his wealth of valuable experience, but also because he will replace John Bolton "who broke a lot of crockery", according to Mitchell B. Reiss from the College of William & Mary. Sources say that Khalilzad is fondly remembered for being a highly successful deal broker who has proved his competency. His career until now reveals a neo-conservative diplomat, fully committed to furthering America's position as a global superpower. In a recent State Department media note on usinfo.org Zal said if the Senate approves his nomination, he hopes to continue efforts to reform the UN and "strengthen its ability to fulfill its mission." He would advance an agenda that promotes common interests. "[I seek] a world in which we take collective action against threats to security, in which freedom and democracy are expanding, in which the rule of law becomes more widespread, and in which all nations enjoy economic prosperity."

The recent diplomat shuffling with Khalilzad's appointment for New York amongst other things will create a strong team of senior US government officials. Be that as it may, the real test will be what sort of strategy President Bush will put forward with regard to foreign affairs. Without a strong diplomatic component, "having Zal at the UN [...] is going to make a whole lot less difference."

<<



Power to the People

Seit Mitte der 1980er Jahre nimmt sich die Populärkultur vermehrt Themen der klassischen internationalen Politik an. **Text** Irene B. Stöckl, MA

Das Ziel des am 13. Juli 1985 stattfindenden Konzerts Live Aid war es hungernden Kindern in Äthiopien zu helfen. Mehr als 16 Stunden lang traten Künstler der Popszene sowohl im Wembley Stadion in London als auch im John F. Kennedy Stadion in Philadelphia auf. Das Konzert spielte innerhalb eines Tages Millionen an Spendengeldern ein. Die Resonanz des Publikums und der Bevölkerung war gigantisch. Seither gilt Initiator Bob Geldorf als Inbegriff der Pop- und Rockkünstler, die sich vermehrt in Bereichen der Menschenrechte und der Entwicklungshilfe engagieren. Das Live Aid Konzert war die Fortsetzung des Band Aid Projektes, das in Bangladesch in Form eines von Bob Geldorf organisierten Konzertes seinen Anfang nahm. Einer der bekanntes-

ten Songs des Live Aid Konzerts war der finale Beitrag "We are the World" von "USA for Africa" in Philadelphia. Aber auch Österreich konnte ein Lied beitragen und zwar "Warum?" von "Austria for Africa". Der Erfolg des Konzertes Live Aid motivierte die Bewegung eine Reihe von weiteren Konzerten zu organisieren. Erstens das BAND AID II Konzert 1989 und zweitens BAND AID 20 als 20-jähriges Jubiläum 2004. Am 2. Juli 2005 veranstaltete Bob Geldorf schließlich das Konzert Live 8 anlässlich des G8 Gipfels in Edinburgh. Aus der Idee, dass berühmte Künstler ein Thema einer breiten Öffentlichkeit sehr gut verkaufen können, ist mittlerweile eine ganze Industrie geworden. Die Vereinten Nationen bedienen sich sogenannter Goodwill Ambassadors und Industriezweige, die man

nicht im Bereich der Menschenrechte und anderer Themen vermuten würde, starten Kampagnen genau zu diesen Themen. Als gutes Beispiel gilt der unter Jugendlichen beliebte Musiksender MTV, der ähnlich wie CNN im Bereich der Nachrichten, in beinahe allen Ländern und Regionen der Erde präsent ist. Gegründet im Zuge der Einführung von Musikvideos organisiert die Stiftung des Senders, die MTV Foundation, Kampagnen zu einer Reihe von Themen. Diese reichen von Menschenhandel bis hin zu HIV/AIDS und weltweiter Trinkwasserversorgung, befassen sich aber auch mit klassischen Jugendthemen wie den Kampf gegen den illegalen Drogenkonsum. Auf der Internetseite des Musiksenders kann sich der Interessierte über die Plattform thinkMTV informieren.





Darauf werden Jugendliche auch aufgerufen, selbst Hand anzulegen. Spring Break ist in den USA zu einem Synonym für einwöchige Partys und zügellose Saufgelage geworden. Nun soll sich der Student/die Studentin alternativ engagieren. BreakAway ist eine Plattform, auf der sich amerikanische Jugendliche zu ehrenamtlichen Tätigkeiten während ihrer Semesterferien anmelden können. MTV nimmt sich allerdings auch schwerer zu transportierender Themen an - wie Menschenhandel. MTV Europe klärt über die Problemlage auf. In einfach erklärten Unterkapiteln wird Menschenhandel definiert und dem jungen Leser vermittelt, wieso das Ganze gerade ihn oder sie angeht. Dass diese Kampagne Hand und Fuß hat, beweist schon allein das Faktum, dass die UN Behörde für Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung (UNODC) die Kampagne unterstützt. Diese Unterstützung ist allerdings für die UNODC

keine Einbahnstrasse, denn durch MTV bekommt die Organisation ein Sprachrohr ohne das sie die Message nicht so weiters an den Mann bringen könnte. Die UNODC bedient sich zwar wie fast jede andere UN Organisation auch dem Instrument Goodwill Ambassador mit der Schauspielerin Julia Ormond und dem Fotografen Alessandro Scotti, aber ein Fernsehsender wie MTV erreicht genau die Zielgruppe, die die UNODC auch ansprechen möchte. Ein Jugendlicher sieht mit großer Wahrscheinlichkeit häufiger MTV als die UNODC Global Youth Network Internetseite zu besuchen. Das Global Youth Network ist ein Datenbankprojekt der UN Drogenbekämpfungsbehörde, in der sämtliche Anti-Drogeninitiativen angeführt werden. Gleichzeitig sollen Jugendliche auf der internationalen Ebene verstärkt in die Entwicklung von Präventivmaßnahmen eingebunden werden. Aber auch andere Institutio-

nen bedienen sich immer häufiger der weltweiten Prominenz. Mit der Internetplattform www.musicforhumanrights.org in den USA und noise.amnesty.org besitzt die größte nicht-staatliche Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) ein Portal, wo sie all jene Künstler auflistet, die die Bewegung in der einen oder anderen Form unterstützen. Immerhin zählt Amnesty International fast zwei Millionen Mitglieder. Der ursprüngliche Kernbereich wurde von AI mittlerweile auch stark ausgeweitet. Es wird nicht mehr nur für Inhaftierte und die Verletzung der Menschenrechte in Bezug auf Haftbedingungen protestiert. Für den Internationalen Frauentag am 8. März wurde eigens ein Video produziert, das sich jeder sofort ansehen kann, sobald er die Seite von Make Some Noise öffnet. Dort wird auf das Thema Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht. Jüngst startete Amnesty International in den

Vereinigten Staaten die "Instant Karma - The Campaign to Save Darfur". Möglich gemacht wurde dieses Projekt durch die Kooperation mit Yoko Ono. Die verzichtete auf sämtliche Urheberrechte, die sie an den Soloalben ihres verstorbenen Mannes John Lennon besaß zugunsten Amnesty Internationals. Gruppen wie R.E.M., Green Day und Christina Aguilera nahmen nun ein CD mit den neu zusammengestellten Songs auf. Am 12. März 2007 wurde schließlich die erste Single Auskopplung mit "Dream", interpretiert von R.E.M., veröffentlicht.

Die Kampagne soll auf die Krise in Darfur aufmerksam machen, die bisher mehr als 300 000 Menschen das Leben kostete. 2,5 Millionen wurden vertrieben und 4,5 Millionen sind in Gefahr einer Hungerkatastrophe zum Opfer zu fallen. Eine humanitäre Katastrophe bahnt sich zur Zeit in der Region an, de-

ren Ausmaße bisher keinen Platz in den Medien gefunden haben. Zur gleichen Zeit spendet die Musikgruppe Nickelback ihre gesamten Erlöse aus den CD Verkäufen der Single "If Everyone Cared" Amnesty International und International Children's Award Canada. Das Video wird zwecks der Werbung extra auf einer eigenen Webseite gezeigt, die sich sofort öffnet, sobald man auf der offiziellen Fanpage der Gruppe "Watch Video" anklickt. Den Sinn des Videos versteht dann auch jede/r, auch wenn er/sie die Musik dazu nicht hört bzw. falls er/sie den englischen Text nicht versteht. Am linken Bildrand befindet sich schließlich eine Art Fieberthermometer, auf dem angezeigt wird, wie viele CDs schon verkauft wurden und wieviel Geld noch in den Klingelbeutel muss.

Allerdings kann die Unterhaltungsindustrie nur einfache Inhalte transportieren. Und obwohl die Themen hoch politisch sind, ist es schwer die genauen Hintergründe zu vermitteln. Denn obwohl

MTV das UN Office on Drugs and Crime (UNODC) mit ihrer Kampagne unterstützt, wird der Jugendliche nie erfahren, was die UNODC ist, geschweige denn was ihre Aufgabe ist und welche Entscheidungen für die/den Einzelne/n daraus entstehen. Mit einem 26 Sekunden Spot lässt sich eben nur ein beschränkter Inhalt vermitteln. Dass dieser dann aber oft auch sehr überzeichnet ist, ist leider ein trauriger Nebeneffekt. Sieht man sich die Videospots über Menschenhandel auf der MTV Exit Kampagne an und betrachtet man sich die Webseite genauer, muss man zwangsläufig zu dem Schluss kommen, dass jede/r, die/der einen Job im Ausland sucht, letztendlich Opfer von Menschenhandel wird. Auf der anderen Seite kann man MTV nicht unterstellen, dass sie rein populistische Propaganda an den Mann bzw. an die Frau bringen wollen. Jeder Spot wird vor der öffentlichen Erstausstrahlung an verschiedenen Personengruppen auf ihre Verträglichkeit getestet. Die Medien, über die diese Werbespots schließlich ausgestrahlt



werden, sind genauso verschieden, wie die Herangehensweise der verschiedenen Institutionen die Aussage ihrer Werbung zu vermitteln. Während die MTV Spots, wie könnte es auch anders sein, hauptsächlich auf dem eigenen Musiksender ausgestrahlt werden, versucht z.B. die UNODC das Publikum des Nachrichtensenders CNN zu erreichen. In den Ausstrahlungen der UN Institutionen ist dem Seher von Beginn an klar, was der

Werber mit dem Spot aussagen will, bei den MTV Spots jedoch wird zunächst eine klischeehafte

heile Welt nachgestellt, die meistens mit einem "Schocker" endet.

Im Mittelpunkt steht jedoch immer der Prominente. Für die MTV Exit Kampagne hat der Musikkanal Angelina Jolie verpflichtet, um als Moderatorin durch einen ganzen Film zu führen. Dass die berühmte Schauspielerin jedoch durch die Adoption von Kindern aus allen Erdteilen das Thema in der ganzen Welt populär macht, wird allerdings dann zur traurigen Erkenntnis, wenn man bedenkt, dass bereits Säuglinge durch illegale Adoption zu Opfern von Menschenhandel werden. Diese Kinder sind dann auch meist aus Entwicklungsländern, in denen Menschen in absoluter Armut leben.

Diese Armut soll mit den zu Beginn des Jahrtausends ins Leben gerufenen Millennium Development Goals bekämpft werden. Die UNO hat aus diesem Grund eine eigene Millennium Campaign mit dem Titel "No Excuse 2015 - Voices against Poverty" ins Leben gerufen, die Staaten dazu aufruft, die acht Ziele zu erfüllen. Auf der ganzen Welt wurden deshalb Menschen 2006 am International Day for the Eradication of Poverty dem 17. Okto-

"Never doubt that a small group of committed people can change the world. Indeed, it is the only thing that ever has." Margret Mead

ber aufgerufen aufzustehen. Über 23 Millionen folgten dann auch diesem Aufruf.

Wie weit die Initiativen von Bob Geldorf einen Einfluss auf die Weltpolitik haben, kann sicherlich nicht in Zahlen ausgedrückt werden. Klar ist, dass Prominente und die Populärkultur ihren Teil dazu beitragen können, international wichtige und politische Themen einfach zu transportieren. Ihre Erfahrungen mit Marketingstrategien und Instrumenten, die dazu notwendig sind, ein Produkt von Musiktiteln bis zu Hollywoodfilmen zu vermarkten und sich im Konkurrenzkampf der Musik- und Filmindustrie durchzusetzen, können auch effizient im Bereich der Menschenrechts- und Entwicklungsthemen

eingesetzt werden. Organisationen wie die UNODC und das World Food Programme können davon lernen und haben mittlerweile ihre Strategien und PR Kampagnen angepasst. Auf der anderen Seite wird durchaus die internationale Politik positiv unter Druck gesetzt, ihre Versprechen umzusetzen. "The World is watching". Konzerne wie BP fürchten bereits Kampagnen, wie die von Greenpeace gegen die Ölplattform Brent Spar, die zu enormen Umsatzeinbrüchen des Konzerns geführt hat. Zu hoffen ist jedoch, dass der Populismus in diesem Bereich keinen Platz findet.

Trotz aller medienwirksamen Kampagnen von MTV und Prominenz sollte der Inhalt nicht aus den Augen verloren werden. Denn die Ergebnisse können auch negativer Natur sein und das ursprüngliche Problem verstärken. Damit solche Dinge wie beim ersten Band Aid Konzert nicht mehr passieren können, dass im Endeffekt hauptsächlich äthiopische Rebellengruppen unterstützt werden, die in keinsten Weise die Bekämpfung der Hungerkatastrophe gehabt haben, sondern nur ihr eigenes Wohlergehen und ihren militärischen Erfolg.

<<

Improve the State of the World

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos steht jedes Jahr in den Schlagzeilen. Für die einen ist es Lösung für Probleme der Welt für die anderen kontroversielles Medienereignis. **Text:** Claudia Feurle und Thomas Obersteiner

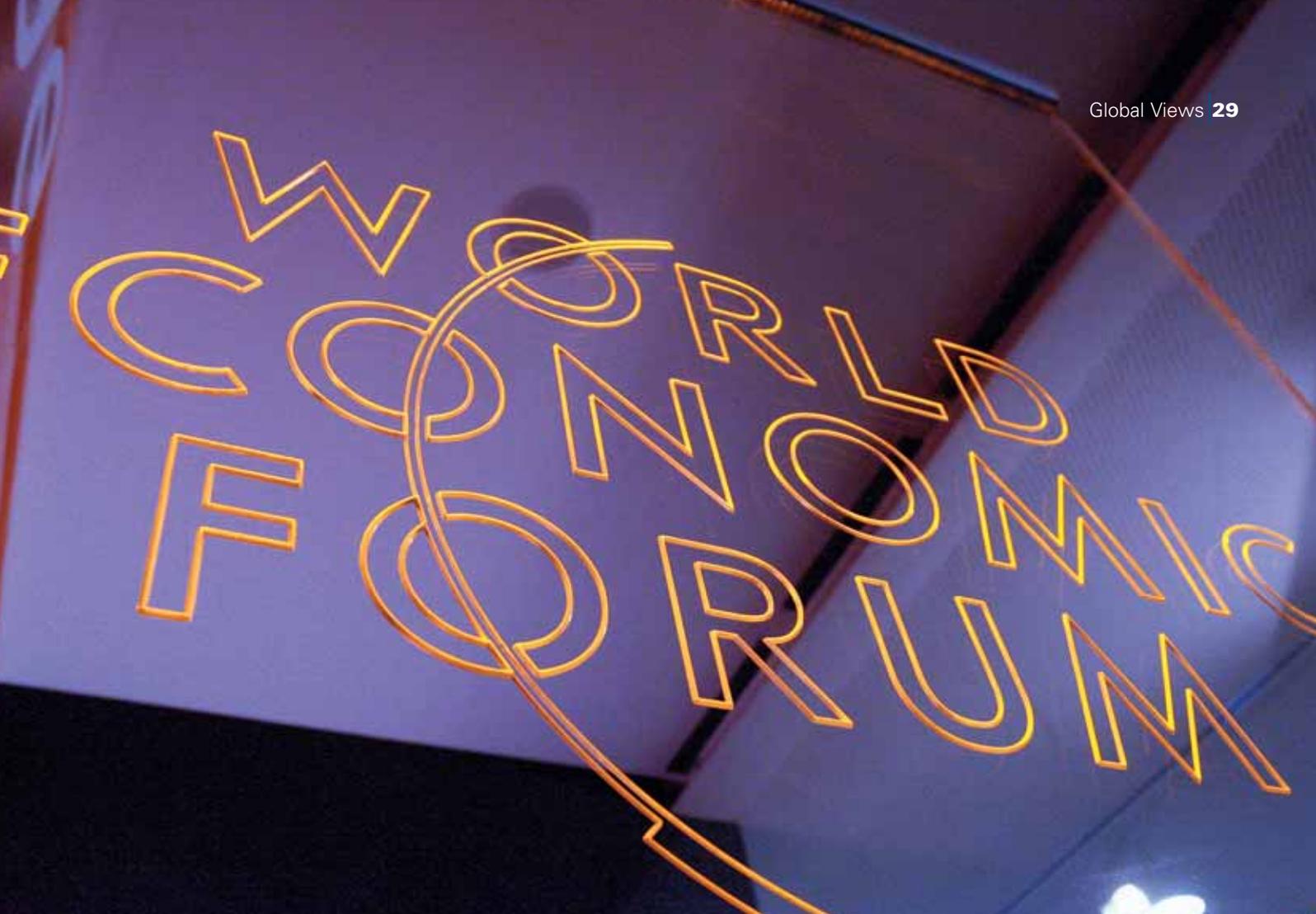
Obwohl die Schweiz jährlich mehrere Millionen Schweizer Franken für die Sicherheit aufbringen muss, waren die traditionellen proteste gegen das WEF im Gegensatz zu früheren Treffen erstaunlich gering. Von der bisherigen breiten Ablehnung der Schweizer Zivilbevölkerung war kaum mehr etwas zu spüren. Durch konsequentes Mit-einbeziehen von Vertretern großer NGOs wie Greenpeace und Amnesty International sowie Globalisierungskritikern wie Wirtschaftsnobelpreisträger und Erfolgsautor Joseph Stiglitz scheint es gelungen zu sein, viele kritische Stimmen verstummen zu lassen. Wer sich vom WEF jedoch noch immer langfristige Lösungen für die großen Probleme der Welt erwartet, wird weiterhin enttäuscht sein. Gründer Klaus Schwab bestätigt in seiner Pressekonferenz, Davos sei weniger ein Ort, an dem Entscheidungen zu erwarten sind, als ein Forum, an dem spätere entscheidungen vorbereitet werden. Schwerpunkte waren der Klimawandel, der Frieden im Nahen Osten und die Energiesicherheit. Der Klimawandel war Inhalt mehre-

rer Diskussionsrunden und Vorträge. Der scheidende britische Premier Tony Blair nutzte die Plattform, um in seiner Rede ein weiteres Mal die Umsetzung eines Klimaabkommens zu fordern, an dem sich nun notwendigerweise auch die USA, China und Indien anschließen sollten. Laut Blair sei die Stimmung in den USA soweit, um einen "Quantensprung" zu machen und er richtete seiner ebenfalls anwesenden deutschen Kollegin Angela Merkel aus, er erwarte eine neue Initiative im Rahmen der G8-Präsidentschaft Deutschlands. Konkrete Anhaltspunkte zur Umsetzung waren aufgrund der mangelnden Präsenz von US-Regierungsvertretern aber nicht zu erwarten.

Eine der wenigen unbestrittenen Errungenschaften des WEF ist das Zusammenführen von Konfliktparteien in einem neutralen und friedlichen Umfeld. Zum wiederholten Male galt die Aufmerksamkeit dem Nah-Ost-Konflikt und dem angereisten Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, sowie der israelischen Vertretung, Außenministerin Tzipi Livni und Vize-

premier Schimon Peres. Erwartungsgemäß zeigte keine der Parteien in ihren Reden ein Entgegenkommen in der strittigen Frage der Grenzziehung eines möglichen palästinensischen Staates. Friedensnobelpreisträger Perez rief in einer emotionsgeladenen Rede vor den Wirtschaftsführern dazu auf, in die Grenzregionen zwischen Jordanien, Israel und Palästinensern zu investieren, um allen Parteien eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Als Abbas im Anschluss darauf seinen Gegenüber auf dem Podium umarmte und auf beide Wangen küsste, waren die Zuhörer begeistert. Am Davosersee herrschte für einige Minuten Weltfrieden.

Medial überschattet wurden die Themenschwerpunkte von Ergebnissen eines informellen Ministertreffens zur Wiederaufnahme der seit Juli 2006 ausgesetzten Doha-Runde der WTO. Die Handelsminister aus 30 Staaten zeigten sich kompromissbereit, die Verhandlungen zur Liberalisierung des Agrarhandels wieder aufzunehmen. Dies gelang im speziellen durch die europäi-



sche Zusage, die EU-Agrarsubventionen um weitere 10 % zu senken. Allerdings wird im Gegenzug verlangt, dass die Entwicklungsländer ihre Einfuhrzölle für Industriewaren reduzieren sowie ihren Dienstleistungssektor auch für ausländische Investitionen zugänglich machen. Wieviele Entscheidungen und Handlungsanleitungen im Schweizer Luftkurort aber außer Diskussionsrunden, Vorträgen und Debatten wirklich fallen bzw. getroffen werden, ist schwer in Frage zu stellen. Zudem gibt es auch eine große Gegnerschaft des WEF.

Von Globalisierungskritikern wird das WEF oft als neoliberale Organisation und als "Symbol des Kapitalismus" gesehen. Die Kritik besteht unter anderem an der hohen Beitrittsgebühr des WEF, die normal verdienenden Personen den Beitritt unmöglich macht. Zudem kommen über zwei Drittel der Teilnehmer aus Europa und Nordamerika und nur etwa 8 % der Teilnehmer vertreten Non-Profit-Organisationen. Weiters verfügt das Forum über keine wirklichen Kompetenzen, wenn Entscheidungen getroffen werden - dann

meistens nur im Bereich der Wirtschaft und nicht im sozialen Bereich. Bei einmal getroffenen Entscheidungen muss im Besonderen die mangelnde demokratische Legitimation kritisiert werden.

Kritiker und Gegner des WEF sind allerdings nicht tatenlos. Seit 7 Jahren organisieren sie einen Gegengipfel - das Weltsozialforum (WSF). Ziel dieses weltweiten Treffens ist es unter anderem, alternative Möglichkeiten zum vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftsmodell aufzuzeigen und auszuarbeiten. Das diesjährige WSF fand eine Woche vor dem WEF in Nairobi (Kenia) statt. Dort diskutierten Delegierte aus über 100 verschiedenen Ländern, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen über ähnliche Themen wie beim WEF. Allerdings lag der Themenfokus beim WSF mehr bei sozialer Gerechtigkeit, Armutsreduzierung und der Kritik an der bestehenden Wirtschaftsordnung. Ein großes Ziel des WSF war es vor allem auch die Schwierigkeiten und Realitäten Afrikas einer möglichst breiten Öffentlichkeit vor Augen zu führen. Allerdings wäre

das Forum aufgrund fehlender Finanzmittel beinahe gescheitert. Ein positives Resultat des WSF ist die Vernetzung der immer größer gewordenen Zivilgesellschaft mit zahlreichen afrikanischen, sozialen Bewegungen und Organisationen. Zudem formierte sich in Nairobi der Widerstand gegen die geplanten, bilateralen Wirtschaftsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik).

Allerdings war auffallend, dass die diesjährige Gästeliste ohne Aufsehen erregender Namen aus der Pop- und Filmbranche, wie etwa 2006 mit Angelina Jolie und Brat Pitt, auskam. Damit wurde der aufkeimenden öffentlichen und internen Kritik Rechnung gezollt, dass Forum verkomme zu einer Oscar-Verleihung der Entwicklungshilfe. "Wir haben in den vergangenen Jahren sogenannte Stars eingeladen, weil sie Wichtiges zu sehr speziellen Themen sprachen" sagte Klaus Schwab auf einer Pressekonferenz. Dieses Jahr sollte das Interesse wieder auf Wirtschaftsgeschehen und Globalisierung gerichtet sein und so wurde, ausgenommen



Bono und Peter Gabriel, auf Stars und Sternchen verzichtet. Zudem diskutierten nun auch schon die Teilnehmer des WEF selbst über die Kritik an der Globalisierung, die nicht mehr zu ignorieren ist. Unternehmenschefs und Wirtschaftsexperten werden sich der negativen Aspekte der bis heute verfolgten Wirtschaftslogik: "Abbau von Handelshemmnissen" bewusst. Durch Verstärkung der weltweiten Handelsliberalisierung ergibt sich in den entwickelten, westlichen Industrieländern nicht nur ein steigendes Wirtschaftswachstum sondern auch vermehrt die Angst vor Arbeitsplatzverlusten, da diese Konzerne zum Teil in Billiglohnländer abwandern. Wenn der Freihandel allerdings vom Großteil der Wählermasse als schädlich erachtet wird, besteht eventuell die "Gefahr" dass auch in Europa und Nordamerika wieder protektionistischere Regierungen an die Macht kommen, wie dies unter anderem auch in Lateinamerika zu beobachten ist. Erstmals unternahmen die Organisatoren mittels WEB 2.0. den Versuch, auch Menschen abseits ihres elitären Clubs an den Geschehnissen teilhaben zu lassen. So wurden in der Web-Gemeinde bekannte Blogger nach Davos eingeladen, um täglich neue Videos und Berichte über eine eigene Website (<http://davosconversation.org>) der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Höhepunkt der neuen Initiative war die Zusammenarbeit mit der Nachrichtenagentur Reuters und der rasant expandierenden Online-Simulation "Second Life". Diese ermöglichte unter anderem die virtuelle Beteiligung an Diskussionen oder Unterhaltungen mit dem Avatar eines prominenten Gastes. Besonders Mutige durften darüber hinaus hinter dem Rednerpult mit dem WEF-Logo Platz nehmen und ihren weltpolitischen Visionen freien Lauf lassen. Der vielfach geäußerte Vorwurf der Intransparenz und der Abgehobenheit der realen Davoser Zusammenkunft wird sich dadurch schwer entkräften lassen.

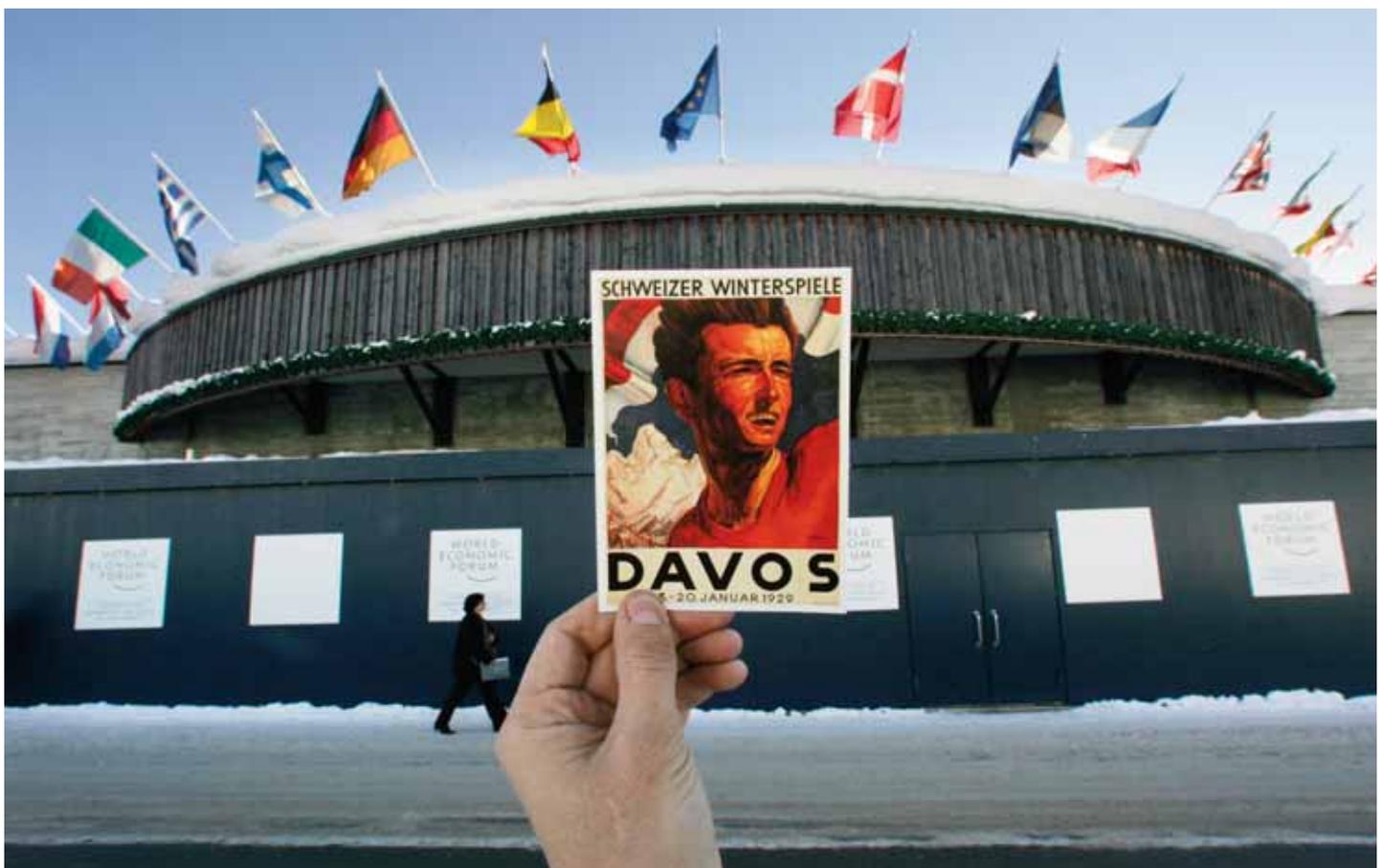
Fakt ist, dass viele der heutigen globalen und regionalen Probleme zu groß und komplex sind, um von den betroffenen Menschen oder auch Staaten alleine gelöst zu werden. Kritik und Input von allen Seiten ist wichtig, wenn nicht sogar unumgänglich um gemeingültige und gemeinnützliche Lösungen zu finden. <<

About:

Das Weltwirtschaftsforum (WEF - World Economic Forum) ist eine nach Schweizer Recht eingetragene internationale Non-Profit Organisation, die heute von über 1000 weltweit führenden Wirtschaftsunternehmen getragen wird. Sie wurde 1971 als Privatstiftung von dem Genfer Wirtschaftsprofessor Klaus Schwab gegründet. Einflussreiche Unternehmer wurden in entspannter Atmosphäre zur "European Management Conference" eingeladen, um über internationale Themen zu diskutieren. Damit füllte er eine Marktlücke, denn eine bessere Gelegenheit für globalen Lobbyismus gab es noch nie. So entwickelte sich das jährliche Treffen. Die Organisation wurde 1987 zum World Economic Forum, oder deutsch "Weltwirtschaftsforum".

Die Mitgliedschaft im WEF ist in drei Kategorien aufgeteilt. In der ersten befinden sich jene Unternehmen, die wesentlich zum Erfolg des Forums beitragen - Strategic Partners. Derzeit sind etwa 70 Unternehmen Mitglied, u.a. ABN AMRO Bank, Credit Suisse, JPMorgan Chase, Nestlé, Reuters, Unilever und Volkswagen. Die zweite Kategorie umfasst die Event Partners. Jene die das jährliche Treffen des Forums unterstützen. 2007 waren 17 Unternehmen Partner des WEF. Darunter waren Firmen wie DuPont, EDF, LUKOIL Oil Company, MasterCard und Sicpa Holdings. Die dritte Kategorie umfasst die Industriepartner, die die größte Gruppe mit mehr als 150 Unternehmen ausmacht.

Die vehemente Kritik der aufkommenden Anti-Globalisierungsbewegung Ende der 1990-er Jahre und die Teilnahme diverser Hollywood Stars 2005 und 2006 rückte das Forum in das Blickfeld der Medien und machte es zu einem Großereignis mit einem Umsatz von über 100 Mio. Schweizer Franken (ca. 62 Mio EUR). Das Weltwirtschaftsforum trifft sich allerdings nicht nur einmal im Jahr, es finden auch auf regionaler Ebene regelmäßig Konferenzen statt. Das Hauptthema des diesjährigen Forums, das bereits zum 37. Mal stattfand, lautete: "The Shifting of Power Equation".



Arbeiter ohne Rechte

Seit über 30 Jahren stellen Exportproduktionszonen (EPZs) in der internationalen entwicklungspolitischen Debatte ein umstrittenes Thema dar. Freihandel und billige Arbeitskräfte reichen nicht, wenn die entsprechende Industriepolitik fehlt. Denn am Ende können andere immer noch billiger produzieren. **Text** Hubert Kickingner

Auf das Wellblech am Grenzzaun zwischen Mexiko und den USA ist "Gerechtigkeit in der Maquila, sofort!" gemalt. Am Montag ist Rene Mendoza in die mexikanische Stadt Tijuana gekommen. Ohne Arbeitsplatz, ohne jemanden zu kennen und ohne Karte der Zweimillionenstadt. Heute ist Donnerstag und er hat seinen ersten Arbeitstag hinter sich. Zehn Stunden lang hat er Terminkalender mit Plastikdeckeln versehen. Den Namen seines Arbeitgebers weiß er noch nicht auswendig, sein Tageslohn beträgt 100 Pesos, umgerechnet knapp acht Euro. Jobsuche ist keine langwierige Angelegenheit, sofern man nicht anspruchsvoll ist. Tijuana ist in den vergangenen 30 Jahren zu

einem der Wirtschaftsmotoren Mexikos geworden. 49 Industrieparks gibt es hier mit mehr als 600 Fabriken. Das 1965 gestartete Maquiladora-Programm erlaubt Unternehmen, zollfrei Teile zu importieren, zusammenzusetzen und gleich wieder zu exportieren. Jede Fabrik ist praktisch eine Freihandelszone. Multinationale Konzerne können so vor allem den US-Markt beliefern, ohne aber die dortigen Löhne zu zahlen. Tag für Tag kommen tausende Migrant/-innen, aus dem Hinterland, um hier Arbeit zu finden und Geld zu verdienen. Es gibt aber ein Problem: Der Motor ist ins Stottern geraten. In den letzten Jahren wurden in der Gegend um Tijuana mehr als 250 Fabriken geschlos-

sen, viele Unternehmen sind abgewandert in noch billigere Regionen, vor allem nach China. Fast ein Viertel aller Fabrik-Arbeitsplätze wurden eingespart oder ausgelagert. Dass Zuwanderer wie Rene Mendoza immer noch Arbeit finden, scheint rein rechnerisch nicht möglich, liegt aber schlicht daran, dass die Fluktuation in den Maquiladoras sehr hoch ist. Die Arbeiter/-innen halten die in der Regel monotone Arbeit nicht lange durch, ihre teils befristeten Arbeitsverträge laufen aus oder sie wechseln in den informellen Sektor. Diese ist nur eine von vielen Geschichten, wie sie Journalist Carsten Volkery berichten könnte. Weltweit gibt es nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)



Nur faire Arbeitsbedingungen garantieren einen maximalen Output an Leistungsfähigkeit der Arbeiter und optimale Qualität der Produkte.

über 2.700 dieser Exportproduktionszonen (EPZ) mit mehr als 63 Millionen Beschäftigten. Die Mehrzahl davon sind Frauen. Ein und dasselbe Phänomen hat viele Namen. Exportproduktionszonen werden auch Freie Exportzonen, Freihandelszonen, Maquiladoras oder Sonderwirtschaftszonen genannt. Seit Mitte der 60-er Jahre richten vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer auf ihren Territorien EPZs ein. Die Regierungen hoffen dadurch Wachstumsimpulse für die einheimische Wirtschaft zu generieren. Die Arbeitslosigkeit soll gesenkt werden, Devisen sollen ins Land gebracht werden, und es soll zu einem Technologietransfer sowie der Förderung und Ausbildung der heimischen Arbeitskräfte kommen.

Arbeiter/-innen in China arbeiten für ungefähr ein Viertel des mexikanischen Lohns. Das Land der Mitte ist heute, mit rund 40 Million Beschäftigten in den Sonderwirtschaftszonen, die "Fabrik der Welt". Textilien, Elektronik, Spielzeug - Chinas Exporte steigen stetig. Die Global Player leiten Investitionen und Arbeitsplätze in den vermeintlichen Markt der Zukunft um. Die Unternehmen versuchen ihre Investitionsgüter in jene Länder bzw. Exportproduktionszonen zu lenken, welche die höchsten Profitraten erwarten lassen. Im Jahr 2003 betrug die weltweiten Direktinvestitionsflüsse (FDI) 560 Milliarden US Dollar, wovon etwa 30 % in Entwicklungsländer flossen. Alleine 53,5 Milliarden nach China.

Wie Tijuana zeigt genügt Freihandel gekoppelt mit Billiglöhnen nicht, um Investoren im Land zu halten. Denn: Am Ende können andere immer noch billiger. "Freie Exportzonen haben in keinem Land als einzelnes Instrument zu einer Entwicklungsdynamik geführt, sondern eventuell nur, wenn diese in breitere industriepolitische Strategien eingebettet waren. Wie die hohen Foreign Direct Investment-Raten in Industrieländern zeigen, sind gut qualifizierte Arbeitskräfte, sozialer Frieden, funktionierende Institutionen und genügend

Nachfrage für die erzeugten Produkte wesentliche Faktoren, um Investoren langfristig im Land zu halten", so Karin Küblböck von der Österreichischen Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE). Dass anderswo immer noch billiger produziert werden kann, übt auf die Regierungen Druck aus. "Um die Unternehmen davon abzuhalten, den Betrieb an andere, noch kostengünstigere Standorte zu verlagern, muss die Attraktivität des derzeitigen Standortes ständig aufrechterhalten oder noch verbessert werden", wie der ehemalige Generalsekretär, des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), Bill Jordan sagt. Kritiker/-innen von EPZs sehen in der Konkurrenz um internationale Unternehmen auch den Grund, weshalb oftmals Sozial- und Umweltstandards, zugunsten der Standortattraktivität, vernachlässigt werden. Neben der Zollfreiheit und dem vergleichsweise niedrigen Lohnniveau liegen die Anreize der Exportproduktionszonen vor allem in der (befristeten) Steuerbefreiung und oftmals gelten in den EPZs andere Arbeits- und Sozialgesetze, als im Rest des Landes.

Die Nebenwirkungen der exportbasierten Industrialisierung werden nun in Tijuana besonders sichtbar. Die Infrastruktur der Stadt kann mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten. 20 Prozent der Einwohner verfügen über kein Trinkwasser, 150.000 sind offiziell obdachlos. Und trotz der Anwesenheit dutzender Global Player mangelt es der Stadt an Geld, da die in den Exportproduktionszonen angesiedelten Unternehmen keine Mehrwert- und kaum Einkommensteuer zahlen. Weshalb es schwierig ist, die bestehende Infrastruktur auszubauen und Fragen der Stadtentwicklung zu beantworten. Denn bisher richtete sich die Ausdehnung der Stadt vor allem nach dem Standort neuer Industrieparks.

Zwei Standortvorteile bleiben Tijuana: die Nähe zu den USA, die besonders bei größeren Gütern wie Autos von Vorteil ist, und der 30 Jahre alte Elektronik-Cluster. Die Menschen

In Brief

Exportproduktionszonen (EPZs) sind Territorien, meist in Entwicklungsländern, in denen soziale und arbeitsrechtliche Regelungen keine Anwendungen finden. Deshalb können die Löhne auf einem sehr niedrigen Niveau gehalten werden. Arbeiter/-innen besitzen keine Rechte und sind den Arbeitgebern oft schutzlos ausgeliefert.

Sie werden sehr häufig auch als Sonderwirtschaftszonen bezeichnet. So entstanden seit der 1960-er Jahren ganze Städte. In der Ukraine wurde nach der Tschernobyl Katastrophe die Stadt Slawutytsch als Ersatz für die verstrahlte Stadt Prypjat als EPZ gegründet.

Selbst in Deutschland wurde erwägt eine Sonderwirtschaftszone in Ostdeutschland einzurichten, um die Wirtschaft anzukurbeln.

in Tijuana hoffen, dass vor allem arbeitsintensive Maquiladoras der ersten Generation (wie etwa der Textilindustrie) abwandern und die besser bezahlten Elektro-Arbeitsplätze bleiben. Allerdings gibt auch China in den Technologie-Branchen die Richtung vor. Zwei Drittel aller weltweit produzierten Kopiergeräte, Mikrowellen, DVD-Player und Schuhe sowie mehr als die Hälfte aller digitalen Kameras werden heute in China gefertigt. Bei Spielzeug ist China inzwischen der weltgrößte Produzent.

Am Ende können andere immer noch billiger. "Es wäre entwicklungspolitisch empfehlenswert, dass Exportproduktionszonen gar nicht erlaubt sind, und überall Mindestsozial- und Umweltnormen eingehalten werden müssen. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) sollten deshalb Sanktionsmacht erhalten", resümiert Karin Küblböck von der ÖFSE. <<

Enemies Become Friends

Twice within three decades, two neighbouring countries in the Horn of Africa have fought each other. Yet, the difficult relationship between Ethiopia and Somalia may have a unique chance for improvement. **Text** MMag. Stephan M. Koppányi

Almost thirty years ago, Ethiopia and Somalia carried out an armed conflict, the so-called Ogaden War. During this war, which lasted from 1977 to 1978, the two countries fought for the Ogaden region which belonged to Ethiopia but was mainly inhabited by Somalis. Somalia took advantage of Ethiopia's weakness at the time due to internal disputes, and invaded the Ogaden on 23 July 1977. It was the plan of Somalia's President Mohamed Siad Barre to conquer the province and incorporate it into a so-called Greater Somalia, a country that would finally include former French Somaliland (Djibouti), former British and Italian Somaliland (Somalia), north-eastern Kenya and eastern Ethiopia. The plan did not turn into reality: Ethiopia, supported by the USSR, Cuba, North

Korea and other communist or anti-American states, got the upper hand and besieged the Somali troops. In March 1978, Somali troops left Ethiopia. The war was over.

In December 2006, the Somalis and Ethiopians fought each other again. What had happened? Before answering this question, one has to look at how Somalia has developed since the Ogaden war. In the 1980s, Siad Barre's regime got more and more totalitarian, including mass murder of clans opposed to the ruling regime. Resistance movements, encouraged by Ethiopia, sprang up around the country. In 1991, Barre was forced to leave Somalia's capital Mogadishu. Further rivalries between different clans followed, leading also to the secession of the non-recognized state of Somaliland in the

north. These events lead to a severe civil war. Several UN operations took place in the country during the 1990s but were not very successful, so that international forces withdrew in 1995. Warlords continued ruling the country, and there was no prospect of a stable government in sight. In 1998 another region in the north, Puntland, declared its independence, and in 2002 south-western Somalia got de facto autonomy.

In 2004, a Transitional Federal Government of the Somali Republic was founded in Kenya. Its influence remained minor. The power of a group called Islamic Courts Union (ICU) grew stronger. This is a group of Sharia Courts which united themselves to form a rival administration to the Transitional Federal Government. By June 2006, the ICU was in



UN Photo/Martine Perret

control of Somalia's capital Mogadishu and by the end of that year they controlled most of southern Somalia. Only the northern regions Puntland and Somaliland and the furthest interior regions of the south were not under their control.

It was at that time that one of ICU's leaders, Sheikh Hassan Dahir Aweys, declared: "We will leave no stone unturned to integrate our Somali brothers in Kenya and Ethiopia and restore their freedom to live with their ancestors in Somalia." The ICU also claimed that Ethiopia, with its long history as an imperial power, sought to occupy Somalia, or rule it by proxy. On October 9, the ICU declared Jihad on Ethiopia after accusing its troops of capturing a town taken by the extremists one month before. Statements like-

this and operations by ICU combatants at the Somali-Ethiopian border caused Ethiopia to act in December 2006. With the aim of protecting itself, but also of backing Somalia's Transitional Government and bringing an end to the Somali civil war, Ethiopian troops started fighting the ICU. The long-time enemies were at war again. Ethiopian forces operated on the ground and in the air, bombarding several airports, among them Mogadishu airport on December 25. Some days of heavy fighting followed. On December 28, the Ethiopian and Transitional Government allied forces entered Mogadishu. The Islamists fled south. They were attacked in early January 2007 by allied forces and driven into the hills and forests. On January 9, the United States openly intervened in Somalia by

sending AC-130 gunships to attack Islamist positions. During this and following interventions many were killed. It is now up to the international community to secure stability in the country and to make sure that Islamists do not take over Somalia again. Several countries have already agreed to deploy troops under the lead of the African Union. An UN-mission might follow. What about Ethiopia? The answer is: Ethiopians, the longtime enemies, are invited to leave rather than to stay. Yet, it was them who helped Somalia's UN backed Transitional Government to regain control over the capital and wide parts of the country. This fact must not be forgotten and might result in closer co-operation in future. Can enemies become friends? Perhaps. Only time will tell. <<



UN Photo

Dos & Don'ts: Thailand

Thailand literally means Land of the Free. Indeed, people of Thailand preserve their freedom-loving and 'sabai sabai' (easy going) type of character throughout centuries, the character which every visitor will experience in several occasions once entering the Kingdom. The dynamic modernization of its economy and 'globalisation' of Thai society do not, however, change this popular character, nor traditional values and customs that embody the soul of the people of Thailand. Here are some tips to ensure the most pleasant stay in Thailand.

Text: Tim Trangkathumkul

Dos

- Thailand has not been called 'the land of smile' without reason. Thai people like to smile even there is no reason to do so, and value smile very highly. Smiling can help you in difficult situation as well as encourage the communication with shy Thais. Thai people dismay 'hot-headed', ruthless and too assertive a manner. So smiling would signalise your 'cool mind'
- 'Wai' is a Thai verb to describe the combined action of the hand performing a praying gesture, the lower arms and the hands touching the upper body and the head bending forward. Wai is performed towards people you meet to signalise 'Hello', 'Sorry', 'Thank you', 'You're welcome' and 'goodbye', especially towards the elderly who will suddenly find you sympathetic.
- Depending on the situation, Wai should be accompanied by the word 'Sawaddee khrab (for men) and kha (for women)' for greeting. Put 'Khrab' and 'Kha' at the end of your sentence to render more politeness, which is indispensable in any communication in Thailand.
- Take of your shoes before entering Thai houses or Buddhist temples. In countryside, you could also wash your feet with water provided specifically for this purpose.
- Thailand upholds a social structure characterized by the respect of seniority and certain hierarchy. Thus, the elderly and the priests of any religion are to be honoured and treated respectfully. For example, bowing yourself if you pass by a monk is regarded as appropriate



Don'ts

- Thai people revere His Majesty the King and the royal family more than anything (you will soon or later find out that the picture of the King is practically in every household. You should be careful not to step on banknotes on which the King's picture is depicted. Talking in a disrespect manner about the royal family would result in an immediate disaffection from Thai people.
- Rejecting a sincere and generous offer, usually in material terms, by the elderly is considered arrogant.
- Feet are considered the lowest, the most unworthy and dirtiest part of the body. Please do not put your feet in the way that they could be perceived as pointing to someone, do not use feet to call for something or somebody, and never put your feet on the table.
- In contrast, head is the most respected part of the body. Unless you receive an expressed permission, do never touch the head of someone older or so old as you. Even among friends, 'dealing' with head is a delicate issue. Placing things that belong to a lower part of the body (socks, underwear, shoes) higher than head-level is not appropriate.
- In most occasions, being talking or walking loudly is not welcome in Thailand.





Abtreibung, der ewige Zyklus

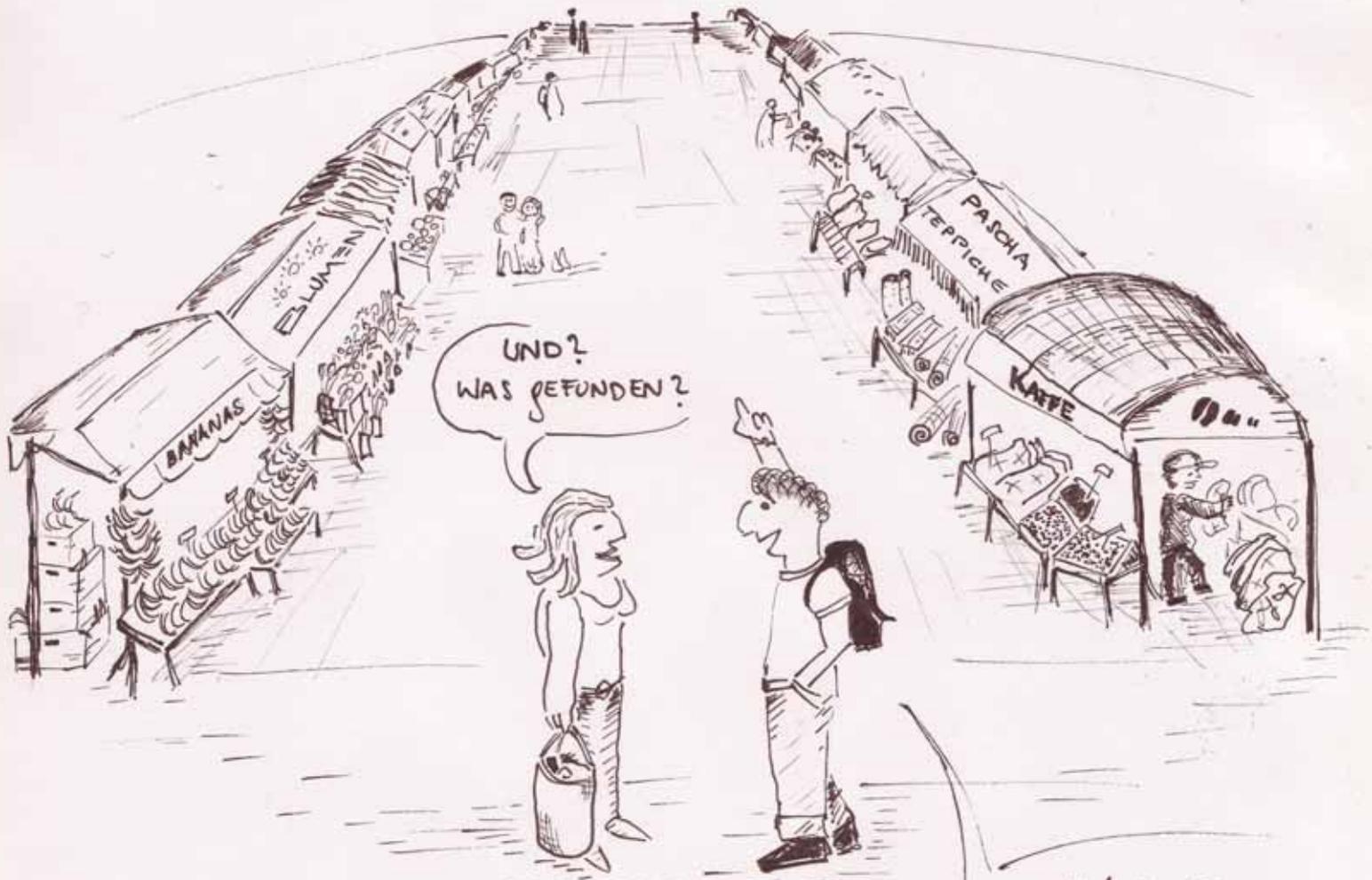
von Mag. Cäcilia S. Smekal

Soso, isse wieder da. Das konjunkturelle Aufflackern der Abtreibungsdebatte hat wieder einmal heimische Lande beehrt. Und wieso? Da hat doch tatsächlich eine Klinik geöffnet, an der man die straffreie Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs wahrnehmen kann! Grund genug auf die Barrikaden zu gehen, denken sich kirchliche Vereine, die in ihrer "göttlichen Mission" auch gerne einmal Bande knüpfen mit militanten religiösen Fundamentalisten. Wie unchristlich. Anfang Februar 2007 eröffnete in Wien ein sexualmedizinisches Zentrum, in dem man auch eine Abtreibung vornehmen lassen kann. Somit ist diese Klinik die 3. private Einrichtung in Wien, die konform zur 1975(!) beschlossenen Fristenregelung Frauen nach vorangegangener Beratung hilft, ihre "reproduktive Gesundheit" wahrzunehmen - und das auf legale Weise.

Natürlich schrillen sofort die Alarmglocken im Mikrokosmos der sogenannten Lebensschützer: Da werden Demonstrationen in schwarzer Trauerkleidung organisiert und dem Verwalter des Mietvertrages mit der Klinik mit kirchenrechtlich ungerechtfertigter Exkommunikation gedroht. Es ist von Abtreibung als verabscheuungswürdigem Verbrechen die Rede und freilich wird die Müttergeneration zitiert, die sich trotz aller Widrigkeiten auch nicht so angestellt habe beim Kinderkriegen. Wie viele dieser Mütter unter den Händen von "Engelmacherinnen" bei illegalen Abtreibungen verblutet sind, wird tunlichst verschwiegen. Und dies nicht von wenigen irregeleiteten Radikalinskis, sondern von höchsten Exponenten der katholischen Kirche in Österreich. In ihrer Logik zählen Menschenrechte für ein fötales Zellkonglomerat eben mehr als für Frauen. Ist doch alles halb so wild, werden Sie sich denken, die Abtreibungsfrage ist doch längst rechtlich geregelt. Da können doch so ein paar Hardliner nichts ausrichten?! Mitnichten. Die so genannte Pro-Life-Bewegung hat andere Wege gefunden, ihren Einfluss geltend zu machen. In Österreich hat sie es z.B. geschafft, mit illegalen und anderen zweifelhaf-

ten Methoden eine Abtreibungsklinik in den Ruin zu stürzen. Dabei tragen die "Lebensschützer" in Österreich noch Glacé-Handschuhe. In den USA werden trotz in der Verfassung seit 1973 verankertem Abtreibungsrecht Ärzte tatsächlich ermordet. So weit zum Schutze des Lebens. In Südamerika sitzen Frauen wegen Abtreibungen bis zu 30 Jahre ein. Doch um antiliberalen Stellvertreterkriege um Machtausübung und Kontrolle zu beobachten, müssen wir gar nicht über den großen Teich blicken, sondern nur in unser eigenes EU-Parlament: Da formiert sich zur Zeit, seit 2004 mit Unterstützung Maltas und Polens (mit eigener rechter "Familienpartei"), eine neue Lobby des Backlash, die die bis dato liberale EU-Linie zu unterwandern sucht. So geschehen in Portugal, das bis vor kurzem noch höchst restriktive Regelungen hatte. Erst Anfang 2007 wurde über die Einführung der Fristenlösung abgestimmt, nachdem der Abtreibungstourismus nach Spanien zu auffällig wurde. Im katholischen Portugal mussten bis dahin 11.000 Frauen jährlich ärztliche Hilfe nach verpatzten Abtreibungen in Anspruch nehmen, über 100 fanden in den vergangenen zehn Jahren deshalb den Tod. Keine Einzelfälle, wie die Weltgesundheitsorganisation bestätigt: Jedes Jahr sterben 70.000 Frauen durch die Folgen von Abtreibungsverboten.

Eines steht fest: Es wird immer abgetrieben, zu jeder Zeit und überall, heimlich oder legal. Die Frage ist nur: Muss man dabei ein Klima schaffen, in dem sich Frauen dafür schämen müssen und in gesundheitliche Gefahr begeben? Keiner Frau macht es Spaß abtreiben zu lassen; dass die Kirche hier immer wieder Leichtsinn unterstellt ist eine Frechheit, die weiter nicht von der Wahrheit entfernt sein könnte. Das schlechte Gewissen war eben seit jeher eine der erfolgreichsten Strategien. Portugal hat die Kurve gekratzt, doch werden sich die Frauen wie auch in Österreich wohl noch lange Anfeindungen der katholischen Rechten aussetzen müssen, ist die Abtreibung bei uns doch schon 32 Jahre lang erlaubt.



UND?
WAS GEFUNDEN?

JA! DORT
HINTEN VERKAUFT EINER
FAIRTRADE SIEGEL ALS
STICKER ... LASS UNS AUCH
EINEN STAND AUFMACHEN!

FAIRTRADE FÜR JEDEN!

Alte Wege, neue Perspektiven

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) nimmt den Platz der früheren Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) in Wien ein. **Text** Hadmar Hözl

Am 1. März 2007 hat die EU-Agentur für Grundrechte mit Sitz in Wien ihre Tätigkeit gemäß dem früheren Mandat der EUMC aufgenommen. Die FRA kann somit als die erweiterte "Neuversion" der EUMC verstanden werden, eine unabhängige Einrichtung der Europäischen Union zu dem Zweck, der Europäischen Union und ihren derzeit 27 Mitgliedstaaten bei der Durchführung des Gemeinschaftsrechts zu unterstützen und ihnen Fachkenntnisse bereitzustellen. Dabei arbeitet die FRA mit anderen nationalen und internationalen Stellen und Organisationen zusammen, insbesondere mit dem Europarat. Dass eine derartige Einrichtung in Europa durchaus ihre Notwendigkeit besitzt, ist unbestritten. Laut einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage sind mehr als zwei Drittel der Europäer der Meinung, dass Diskriminierung auf Grund ethnischer Herkunft in ihrem Heimatland weit verbreitet ist, und nur wenige kennen ihre Rechte, sollten sie Opfer von Diskriminierung werden. Für Beate Winkler, kommissarische Direktorin der neu errichteten Agentur für Grundrechte, ein alarmierendes Zeichen: "Unsere Berichte zeigen, dass Rassismus, Diskriminierung strukturelle Benachteiligung, rassistische Gewalt und Belästigungen für viele Menschen in Europa nach wie vor eine Alltagserfahrung sind." Der Schutz vor Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung sei fest im europäischen und internationalen Recht verankert. Nur Gesetze gegen Diskriminierung zu erlassen, sei

daher zu wenig, argumentiert Winkler.

Die Zusammenarbeit zwischen der FRA und den EU-Mitgliedstaaten erfolgt über nationale Verbindungsbeamte. Bereits die EUMC hatte Beziehungen zur Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und zum Europarat geknüpft, diese Verflechtungen sollen zukünftig ausgebaut werden. Für Anastasia Crickley, Vorsitzende des Interimverwaltungsrates, eine logische Konsequenz aus den aktuellen Erhebungen: Einer jüngsten Eurobarometer-Erhebung zufolge sei die große Mehrheit der Menschen in der EU (73 Prozent) der Meinung dass die Union beim Schutz der Grundrechte eine größere Rolle spielen sollte, so Crickley bei der Eröffnungsfeier der neuen Agentur. Darüber hinaus werden in Menschenrechtsangelegenheiten zukünftig Kooperationen mit den Einrichtungen der OSZE und der UNO, vorrangig der UNESCO, möglich.

Die FRA baut dabei auf die Arbeit der früheren EUMC auf, und zwar nicht nur durch die Fortführung deren Tätigkeit in Hinblick auf die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, sondern auch, indem sie aus deren Erfahrungen bezüglich Datenerhebungsmechanismen und der Kooperation mit Regierungen und internationalen Organisationen lernt. Erweitert werden sollten zudem die Zusammenarbeit mit der Zivilbevölkerung und eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Rassistische Verhaltensweisen und Gesinnungen müssten aktiv be-

kämpft werden. Dies erfordere ein entschiedenes Vorgehen der Regierung sowie die Unterstützung von NGOs, Arbeitgebern, Gewerkschaften und der Allgemeinheit, sagt Direktorin Winkler.

Zu den Hauptschwerpunkten der neugegründeten Agentur zählen 1) die Sammlung und Analyse von Informationen und Daten, 2) eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und 3) eine Beratung der Organe der EU und der Mitgliedstaaten. Die Kernpunkte im Detail:

1. Die gewonnenen Informationen sollen Aufschluss über die Entwicklung der Lage der Grundrechte in der EU geben. Eine Weiterentwicklung von Methoden und Standards soll zudem eine bessere Qualität und Vergleichbarkeit von Daten auf europäischer Ebene erzielen.
2. Die Förderung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft soll maßgeblich für den Erfolg der neuen Agentur sein. Zu diesem Zweck wird ein Kooperationsnetz für Grundrechte eingerichtet. Ziel ist eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Grundrechtsfragen.
3. Schlussfolgerungen und Gutachten werden für die Organe der EU und deren Mitgliedstaaten ausgearbeitet und veröffentlicht. Zudem soll ein jährlich erscheinender Jahresbericht Auskunft über die Grundrechtsfragen innerhalb der EU geben. Noch mehr als bei der EUMC steht bei der FRA also zukünftig die Arbeit mit der Zivilbevölkerung im Vordergrund. Ein ehrgeiziges



Ziel in Anbetracht der Tatsache, dass den europäischen Institutionen oftmals mangelnde "Volksnähe" unterstellt wird. Tatsächlich soll die Zusammenarbeit mit den nationalen Institutionen gefördert werden, ein Kooperationsnetz wird eingerichtet, um den Austausch von Informationen zu ermöglichen. Für Direktorin Winkler eine Herausforderung, die sie gerne annimmt: "Angesichts des 50-jährigen Jubiläums der Europäischen Union kann niemand im Kampf gegen Rassismus neutral bleiben. Eine der Hauptaufgaben der FRA wird weiterhin die Beobachtung und Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sein. Gleichbehandlung ist ein Recht, kein Privileg."

Was kann die FRA also tun, sollten Einzelbeschwerden an sie herangetragen werden?

Die Agentur ist zwar nicht befähigt, individuelle Beschwerden zu untersuchen und auf diese Einzelfälle einzugehen, aber bei Belästigungen oder Diskriminierungen kann die FRA in Einzelfällen zukünftig eine beratende Rolle einnehmen, die Betroffenen im Hinblick auf ihre Grundrechte aufklären und sie falls notwendig an Organisationen in den je-

weiligen Mitgliedstaaten verweisen, bei denen sie Hilfe, Beratung und auch juristische Unterstützung erhalten.

Den Erfolg der neuen Agentur kann man vorab wohl nicht feststellen. Doch allein das Bestreben, zukünftig enger und intensiver mit den Teilorganisationen der Zivilbevölkerung zusammenarbeiten zu wollen, kann durchaus als ausgesprochen positives Zeichen einer neuen Öffnung der Europäischen Union verstanden werden. Der Versuch, eine Sensibilisierung der Teilöffentlichkeiten in den Mitgliedstaaten zu erreichen, ist ein ehrgeiziges, aber schwer zu erreichendes Ziel. Ob dieses Kooperations-Angebot auch als solches angenommen wird, und in wie weit die Beziehungen zwischen der Agentur und der Zivilbevölkerung aufblühen, wird nicht zuletzt von der Art und Weise abhängen, wie gut diese gegenseitige Kommunikation aufgenommen, und nicht als gegenseitige Beeinflussung missverstanden wird.

<<

About :

established under Regulation (EC) n° 168/2007. The Agency provides relevant institutions and authorities of the Community and its Member States when implementing Community law with assistance and expertise relating to fundamental rights in order to support them when they take measures or formulate courses of action within their respective spheres of competence to fully respect fundamental rights. Tasks: Information and data collection, Advice to EU institutions and Member States; Co-operation with civil society and awareness-raising. The Agency is NOT empowered to examine individual complaints. The Agency focuses on the situation of fundamental rights in the EU and its 27 Member States. Candidate Countries and countries which have concluded a stabilisation and association agreement with the EU can be invited to participate following a special procedure. (see <http://fra.europa.eu>)

Belarus' Big Brother

Lukashenka has not only managed to secure his position through flawed elections last year but has also efficiently removed the foundations for a functioning opposition to emerge through a series of new laws, through control of the media and a KGB which continues to be highly active. **Text** Åsa Gunvén

Lukashenka, has since his election to president in 1995 positioned himself against the rest of Europe while pursuing a so called "third way" between communism and capitalism. By continuously drawing attention to similar problems in many other transition states and backed by strong state propaganda, Lukashenka has on the one hand enjoyed a large amount of support, especially from the older generation in Belarus. But many international and national observers are alarmed by the strong concentration of power, which has come about through the removal of power of the legislature, the control of media and the harassment and intimidation of opposition and civil society by a police force, which ironically is named KGB. Last year Belarus held its first elections, which were open to more candidates than Lukashenka since 1995. The electi-

ons were condemned as severely flawed by the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) and the international community. The elections gave Lukashenka over 80% of the vote - a result that even Lukashenka himself has since admitted to have been falsified. The opposition was harassed, the media controlled, activists arrested and the imprisoned opposition candidate Kozulin has not been released to this date. In January 2007 local elections with a similar pattern took place. The fact that there were only about 300 candidates for the 1700 constituencies, many of which later withdrew, is a good illustration of the lack of pluralism. Despite large support for Lukashenka on the one side, that according to observers would probably have granted him around 60% of the vote in the election legitimately, discontentment is rising and activists are exposing themselves to big risks in their fight

for democracy and civil liberties. On the night after the presidential elections last year, 40 000 people opposed the authorities and joined the main opposition leader Milinkevich in a peaceful demonstration on the Kastychnitskaya Square, which ended in harsh security measures being taken and hundreds of activists being detained. This year, an estimated 10 000 joined Milinkevich to mark Freedom day (25th of March) despite high security measures and the detention of over hundred activists before the demonstration. In conjunction with the elections last year Lukashenka also staged a referendum, changing the constitution to the effect that he may govern Belarus without restrictions to terms in office. Just prior to this, Lukashenka had introduced a series of new laws, removing the foundations of opposition and a civil society thus guaranteeing that his power will remain unchallenged. Indeed today opposition and civil society still remain weak and a Rose or Orange revolution, as those that took place in Georgia and Ukraine, seem unlikely to take place in Belarus any time soon. To start with, the freedom of expression is severely limited, making opposition work next to impossible. Any criticism of the president or the state is punished with hard sentences under the Criminal Code. In addition to this, new laws have effectively prevented the existence of civil liberty movements, organizations and networks, making any meeting of more than 10 people and the existence of non-registered Non Governmental Organisations (NGO's) illegal. The continuous intimidation and suppression of journalists, students, activists, NGOs and opposition has in this way been given legal backing, which has removed any basis for opinion building, free exchange of ideas or even active citizens' participation.



For example the former national youth council RADA, which acted as umbrella organization for the youth civil society movement, was forced into illegality and efforts are now under way to set it up in exile. Another example is the pressure put on trade unions that clearly don't have any space in Lukashenka's "Third way" vision of Belarus.

Another important tool for securing Lukashenka's power has been the control of information with a journalist climate characterized by Journalists Without Borders as among the 10 worst in the world. Media and information flows are being controlled through harassment, detentions, beatings, intimidations and even "disappearances" of journalists are said to occur regularly. In this way Lukashenka manages to maintain his monopoly over the flow of information to secure his continuous support. Today, printed independent media is unavailable in most of the country, but an important role is being taken by independent internet based media like www.charter97.org or Radio Liberty. Since February this year all internet use in Belarus is also monitored as universities, libraries and internet cafes are obliged to register every internet user and report every domain address visited to the authorities. Big Brother is

present in Belarus. During recent months the repression inside Belarus has been on the rise, potentially coinciding with the alienation of Russia that has formerly supported Belarus with low cost energy that has allowed Lukashenka to finance his popularity. Not only have the new laws been implemented with more intensity, mass arrests of civil society activists have taken place under brandings such as "hooliganism" or even "brothel activity". There have also been cases where activists have been placed by force in to psychiatric institutions or simply "disappeared", something which is clearly outside of the legal framework. The KGB has also increasingly summoned students and activists to "conversations" during recent months, where they are encouraged to change friend circles, to name other activists or to sign statements condemning their own actions. Often hints of getting on the "black list" or losing your place at university are added to these "conversations" to strengthen psychological pressure. During the protests on Freedom Day this year, Milinkevich highlighted the importance of support from neighbours, stressing to the brave demonstrators that: "We are not alone. We have many friends in Europe."

So is Milinkevich right? Is Europe really pre-

pared to stand by the side of the suppressed people of Belarus? The EU has decided to prolong its sanctions, which include the blocking of visas for Lukashenka and other top officials following last year's elections. But whereas this can serve as a symbolic message, Europe needs to take a much more pro-active stance by being more critical about the situation of our neighbours and also through concretely backing up of this message. Europe must help to strengthen the civil society and opposition in Belarus by increasing support for training events, exchanges, youth activities and also by providing an increased number of places in universities for students such as in the exiled European Humanities University now set up in Lithuania. To facilitate this important exchange and improve the information flow, the doubling of the visa fees decided upon last year by the European Union member states is a clear step in the wrong direction. Instead free visa travel for students and civil society activists is needed to support pluralism, exchange and activism in Belarus.

But civil society can never grow from above, and whereas the European governments must commit to giving the material and financial backing, civil society in the rest of Europe must take an active role in supporting their counterparts inside Belarus and to keep the issues on the European agenda. European civil society must not only give moral support but also engage in joint projects, exchanges and training events with Belarusian civil society partners and to a much larger extent dare to do this inside Belarus to generate bigger output of these efforts. On the anniversary of Lukashenka's flawed elections, 19th March, youth in over 60 cities across Europe followed the example of the Young European Federalists (JEF) and took to the streets to gag statues, symbolizing the situation of the gagged Belarusians. The Pan-European civil society action aimed at giving a voice to the citizens of Belarus took place across the borders of a Europe that is unfortunately, for a large part, still unaware and unconcerned about the situation in neighbouring Belarus - a country branded as Europe's last dictatorship. <<





Je blogue donc je suis

Die französischen Präsidentschaftskandidaten haben das Internet für ihren Wahlkampf entdeckt. **Text** Julie A. Demel

Am 22. April und am 6. Mai 2007 werden die Franzosen aufgefordert, einen neuen Präsidenten zu wählen. Der Wahlkampf spitzt sich zunehmend auf einen Dreikampf zwischen Ségolène Royal (PS), Nicolas Sarkozy (UMP) und Francois Bayrou (UDF) zu. Der Wahlkampf ist sehr dynamisch, denn die Präsidentschaftskandidaten haben ein neues Medium entdeckt: das Internet und die zahlreichen Möglichkeiten des Web 2.0.

Die Franzosen sind, was das Internet betrifft, nicht immer am neuesten Stand. Es muss nicht unbedingt eine Rache für das Exportverbot des Roquefort in die USA gesehen werden. Es verhält sich eher so wie mit den Fremdsprachen. Alles was kompliziert ist, d.h. nicht französisch, wird nonchalant umgangen oder arrogant gesnobt. Jedoch seit die Franzosen vor etwa zwei Jahren die neuen Möglichkeiten des Blogs, d.h. dem Online Internettagebuch entdeckt haben, hat eine Blogomanie das Herz der Franzosen erfasst: ein Blog ist ein System, das auf einem Contentmanagement system basiert und ermög-

licht, dass jeder Internetlaie mühelos Texte und Bilder, mittlerweile auch Videos und Musik ins Internet stellen kann. Blogs über Literatur, Kultur und Politik sind wie Pilze aus dem Boden geschossen.

Ségolène Royal hatte sich - bevor sie von der eignen Partei als Präsidentschaftskandidatin gekürt worden war, im virtuellen Netz als solche deklariert. Auf ihrer hochprofessionellen Webseite <http://www.desirsdavenir.org> hat sie die Franzosen aufgefordert, sich an der partizipativen Demokratie virtuell zu beteiligen. Als erste Internetkandidatin hat sie vier Prioritäten gesetzt: die Bildung, die Stärkung der Kaufkraft, die Sicherheit und die Umwelt. Wer sich tatsächlich freiwillig einschreibt, um eine Newsletter zu erhalten, bekommt fast täglich eine Nachricht von Ségolène in seine Mailbox reingeflattert. Sogleich haben sich die Journalisten einem Wortspiel hingeben und Sie als "virtuelle" Präsidentin dargestellt. Virtuell bezieht sich sowohl auf das virtuelle Medium als auch auf den virtuellen Inhalt ihrer Medienkampagne, der manchmal als zu abgehoben und abstrakt wirkt. Ségolène

Royal bereits jetzt schon als Medienpräsidentschaftskandidatin gekürt, muss jedoch auch aufpassen, dass diese Medium sich nicht gegen sie richtet. Ihre faux pas im Ausland werden nämlich auch im Videoblog festgehalten: zB der Libanonaufenthalt, in China, und in Québec. Auf segoleneroyal.tv kann man alle Episoden live verfolgen.

Sarkozy beschäftigte sich schon seit 2 Jahren mit den Möglichkeiten des Internets: Zur Hilfe kam ihm das Angebot des jungen Unternehmers Loic le Meur, ein Absolvent der elitären Wirtschaftsuniversität Hec. Loic le Meur bat den Innenminister Nicolas Sarkozy zu einem Internetinterview. Während dieses Interviews machte Sarkozy seine Deklaration zur Präsidentschaftskandidatur. Zu dem Zeitpunkt, wo Lionel Jospin mit einem Fax seine Präsidentschaftsabsichten offenbarte, saß Sarkozy ungezwungen neben Loic le Meur im Videoblog und sprach über Blog, Ipod und Internet. Loic le Meur hat dann offiziell auch seine Dienste dem UMP angeboten und verschieden Chatrunden via Blog und Internet veranstaltet.

Unter anderem hat auch die Dokumentation von France 5 ins Web gestellt, die beweisen soll, dass Sarkozy eigentlich nicht wirklich das Wort *racaille* (das Gesindel) im Bezug auf die randalierenden Jugendlichen gesagt hat. Auch auf der offiziellen Webseite der UMP nutzt der Kandidat alle Möglichkeiten des Web 2.0. Die UMP Kandidaten wurden zur internen Präsidentschaftskandidaturwahl via Internetvoting aufgefordert. Auf Daily Motion, dem französischen Version von Youtube, erhält man via Via Videoblog Einblicke hinter die Kulissen der UMP. Auf einer Seite mit dem herausfordernden Titel *Imaginons la France d'après* (der eine Anspielung auf *Désir d'avenir* nicht verleugnet) kann man als Wähler seinen eigenen partizipativen Blog erstellen. Man kann verschiedene Videos auch via podcasting downloaden.

Francois Bayrou, der als letzter in den Wahlkampf eingestiegen ist, hat auch seinen Blog, der hoch professionel ist. Monsieur 20 % wirkt nicht so aggressiv wie seine beiden Kontrahenten. Sein Blog ist auch übersichtlicher. Auch hier kann sich ein Internauta virtuell beteiligen und via Videoblog alle Informationen mitverfolgen. Als ehemaliger Europaparlamentarier hat eine sehr überzeugende Auffassung von Europa. Der Literaturprofessor macht keine Versprechungen, sondern zeichnet seine Vision in seinem Buch *Projet d'Espoir* auf. Da er aus ländlichen Verhältnissen kommt, kommt er viel wärmer rüber als der etwas steife Technokrat Sarkozy und die manchmal etwas hölzerne ENA-Absolventin Royal.

Der Blogwahlkampf minimiert Tendenzen wie z.B. Negativcampaigning, denn beide Kandidaten zeigen sich auf Ihrem Blog im besten Licht und brauchen erst gar nicht den anderen anzugreifen. Jemanden frontal anzugreifen, ist Frankreich sowieso verpönt. So ist das Blog das ideale Medium um sich als Präsidentschaftskandidat ins beste Licht zu rücken und ist nicht auf das Gutdünken der klassischen Medien angewiesen. Passiert ein kleines Missverständnis kann man via

Blog die Information sofort korrigieren. Dieses neue Medium wird sicherlich nicht alle Franzosen gleichermaßen erreichen, denn die ältere Generation weiß mit dem Internet nur wenig anzufangen. Die breite Masse der Jungwähler, die so genannte iPod Generation ist jedoch für diese Medium sehr empfänglich. Allerdings stellt sich die Frage wer wird durch dieses Medium am besten punkten? Madame Royal hat ein Präsidentschaftspaket mit 100 Punkten zusammengestellt, der aber in seinen Formulierungen sehr nach Mitterand klingt. Sarkozy war zwar schon mehrmals Minister, aber hat letztes Jahr während der Unruhen Kritik für sein ungehobeltes Vorgehen einstecken müssen. Bereits während der Unruhen im November 2005 wurde für Sarkozy ein satirischer Blog *le sarkostique* eingerichtet. Hier werden alle Heldentaten von Sarkozy karikaturistisch beleuchtet und sind mausklickbereit nachzusehen. Alle drei Präsidentschaftskandidaten haben es natürlich nicht versäumt auf Wikipedia ihren Lebenslauf zu veröffentlichen. Die Seiten wurden von Wikipedia geschützt,

da es zu "freien Interpretierungen" kam. Zahlreiche Journalisten haben sich ebenfalls das Internet zu Nutze gemacht und geben ihre Kommentare, wie z.B. jener Blog von Christophe Barbier, von L'Express. Durch die Blogosphere erscheint der Wahlkampf frischer und jünger. Er gibt der verstaubten V. Republik eine neue Dynamik. Durch die zahlreichen Videos im Internet kann sich der Wähler auch selbst aussuchen, welches Interview er sehen will und vor allem wie lange.

Der Schriftsteller Alexandre Jardin hat einen Übersichtsblog erstellt: Auf einer Internetseite versucht er den Inhalt der Programme der Kandidaten zu vergleichen. Ob die Verwendung des Blogs im Wahlkampf die Wahlbeteiligung erhöhen wird und wem dieses Medium tatsächlich nützt, wird sich erst am 6. Mai herausstellen. Tatsache ist, dass das virtuelle Blog das Interesse an der Wahlkampf-schlacht ungemein belebt und den Anforderungen der Demokratie des virtuellen 21. Jahrhundert gerecht wird. <<



Bilder: <http://www.takingitglobal.com> & UNESCO

Sinn für globale Gerechtigkeit

Der österreichische UNO-Botschafter in Genf, Wolfgang Petritsch, wünscht der Welt weniger Unilateralismus, der EU mehr Verständlichkeit und Österreich eine pragmatische und prinzipientreue Außenpolitik. Im Gespräch mit Matthias C. Kettemann erklärt der Spitzendiplomat, warum das Völkerrecht nicht zahnlos ist. **Text:** Matthias C. Kettemann

Kettemann: Österreich versah im ersten Halbjahr 2006 die EU-Präsidentschaft. Wie wird ein relativ kleines Land wie Österreich mit den beachtlichen organisatorischen Herausforderungen fertig?

Petritsch: Österreich kann mit seiner EU-Präsidentschaft zufrieden sein. Wir haben auf allen Ebenen durchaus solide Arbeit geleistet. Allein schon der logistische Aufwand einer solchen Präsidentschaft ist gewaltig. So hatten wir bei der österreichischen Vertretung in Genf ca. 600 EU-Koordinatungssitzungen zu bewältigen. Das sind mehr als vier Sitzungen pro Arbeitstag eines Halbjahres. Jede dieser Sitzungen muss natürlich nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich vorbereitet und geleitet werden, und fast jede dieser Sitzungen bewirkt dann noch die Notwendigkeit eines Follow-up. Denkt man dann noch an die enorme Bandbreite der zu behandelnden Themen, also z.B. Menschenrechte, Abrüstung, Weltgesundheitsversammlung, bis hin zu WTO etc., dann wird klar, dass eine solche Aufgabe nur mit einem exzellenten und engagierten Team bewerkstelligt werden kann. Gleichzeitig muss einem auch klar sein, dass keine Präsidentschaft während ihrer sechs Monate Wunder bewirken kann; dies vor allem auch dann nicht, wenn sich die EU wie jetzt in einer schwierigen Phase befindet.

Kettemann: Sie haben die Informationskampagne zum EU-Beitritt Österreichs geleitet. Aktuell wird von einem Kommunikationsdefizit gesprochen, an dem die EU leide. Wie stehen Sie dazu?

Petritsch: Ich glaube, man kann das Problem ganz leicht in einem Satz zusammenfassen: Wenn wir wollen, dass Europa verstanden wird, dann müssen wir es verständlich machen. Das ist natürlich nicht immer einfach, auch weil die anstehenden Probleme zum Teil sehr komplex sind. Vielleicht können wir eine Anleihe bei dem bekannten Rechtsge-

lehrten Rudolf von Ihering nehmen, der schon im 19. Jahrhundert verlangt hatte, dass der Gesetzgeber denken soll wie ein Philosoph, aber reden wie ein Bauer. Nur so könne es gelingen, Gesetze, Normen verständlich zu machen. Bei der EU kommt noch hinzu, dass sie von ihren Bürgern wohl nur dann positiv bewertet wird, wenn auch ihre positiven Seiten kommuniziert werden. Dazu gehört schon einmal der eigentlich epochale Erfolg der EU als Friedensprojekt. Dem Kriegskontinent Europa ist es gelungen, nach zwei barbarischen Weltkriegen auf dem Gebiet integrierten Frieden zu schaffen. Die Vollendung dieses europäischen Friedensprojektes harrt allerdings auf dem Balkan noch seiner Vollendung.

Kettemann: Beim EU-Außenministertreffen in Salzburg im März 2006 wurde die EU-Perspektive als Reformmotor für den Westbalkan bestätigt. Der österreichische Vorsitz hat diese Perspektive gemeinsam mit der Kommission konkretisiert. Sind Visa-Erleichterungen für Bosnien und Herzegowina ein viel versprechender erster Schritt?

Petritsch: Kurzfristig entscheidend ist die Lösung des serbisch-albanischen Konfliktes im Kosovo als Voraussetzung für die regionale Befriedung. Mittelfristig ist die volle EU-Mitgliedschaft der Staaten des westlichen Balkans das Ziel. Dieses aber kann nur in einer gemeinsamen europäischen Kraftanstrengung erreicht werden. Um es kurz zu sagen: Bosnien und Herzegowina brauchen eine verlässliche europäische Perspektive - eine klare europäische Chance. Bosnien ist heute in Wahrheit ein Entwicklungsland an der Schwelle der EU - ein Land demnach mit einer Fülle ungelöster Probleme. Gleichzeitig ist es aber auch ein Land der Chancen, und um deren Nutzung zu ermöglichen, ist es notwendig, Bosnien und Herzegowina an Europa heranzuführen. Das bedeutet auch, dass man den Menschen in diesem Land die

Möglichkeit geben muss, mit den Menschen in der EU zu kommunizieren, sie einander näher zu bringen. Visa-Erleichterungen sind dafür letztlich nur ein logischer erster Schritt; konkrete Schritte sind notwendig. Ich möchte in diesem Zusammenhang die österreichische Initiative erwähnen, serbischen Studenten ein Schengen-Visum samt Interrail-Ticket zur Verfügung zu stellen, um ihnen solcherart die Möglichkeit zu geben, "Europa" persönlich - und nicht bloß via TV - kennen zu lernen. Die enthusiastischen Reaktionen sollten alle bewussten Europäer motivieren, diesem Beispiel zu folgen.

Kettemann: Nun zu einem ihrer Arbeitsinstrumente, dem Völkerrecht. Diesem wird vielfach der Vorwurf gemacht, zahnlos gegenüber Menschenrechtsverletzungen zu sein. Wie haben Sie die Wirkung des Völkerrechts im Laufe ihrer Tätigkeit empfunden?

Petritsch: Der Vorwurf an das Völkerrecht, dass es zahnlos sei, wird dadurch, dass er oft vorgebracht wird, nicht richtiger. Erstens gibt es in dieser Welt keine einzige Rechtsordnung, die immer und unter allen Umständen eingehalten bzw. in der alle Regelverstöße immer geahndet werden; man braucht hier nur an rote Fußgängerampeln oder Kurzparkzonen zu denken. Zweitens hat die Völkerrechtsordnung sogar eine besonders gute "compliance", besser vielleicht als jene vieler innerstaatlicher Rechtsordnungen. Vergessen wir nicht, dass etwa jede Zustellung eines internationalen Schriftstücks, jedes grenzüberschreitende Telefonat, jeder Flug in ein anderes Land, aber auch praktisch alle Auslieferungen von mutmaßlichen Verbrechern, die Vermeidung der Doppelbesteuerung, usw. auf Grundlage des Völkerrechts basiert - gleichsam gelebtes Völkerrecht ist. Drittens hat die Völkerrechtsordnung gerade in den letzten Jahren eine ungeahnte Entwicklung erlebt. Dazu zählt vor allem die klare Verankerung einer individuellen strafrecht-

lichen Verantwortlichkeit nach dem Völkerrecht für bestimmte, besonders schwere Delikte sowie die Schaffung internationaler Gerichte, die eben diese Delikte zu verfolgen haben. Die Fälle Milosevic, Pinochet und erst kürzlich Taylor, der ehemalige Präsident von Liberia, haben deutlich gemacht, dass die Tatsache, dass eine Person einmal Staatschef war, sie heute nicht mehr vor Strafverfolgung schützt. Eines muss dennoch klar gesagt werden: Diese positiven Entwicklungen dürfen nicht über bestehende Probleme hinwegtäuschen. Dazu zählen aus meiner Sicht insbesondere das Verhältnis zwischen Macht und Recht und die Frage, wie sichergestellt wird, dass sich auch der Stärkere an das Recht hält.

Kettemann: Seit einiger Zeit drängt sich in den internationalen Beziehungen der Eindruck auf, dass manche Staaten dem Unilateralismus den Vorzug geben. Wie sehen Sie dies als Missionschef an einer multilateralen Vertretung?

Petritsch: Jede Bewegung löst eine Gegenbewegung aus. Der ausschließliche Unilateralismus beweist täglich, dass er nicht in der Lage ist, die anstehenden Probleme zu lösen. Ja, dass er zur Verschärfung des Problems beiträgt, manchmal selbst zum Teil des Problems wird. Denken Sie nur an das Problem des Klimawandels, das nur durch die Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft gelöst werden kann. Einseitiges Ignorieren multilateraler Bemühungen ist hier äußerst kontraproduktiv. Gerade kleinere Staaten tun gut daran - und sei es nur aus Eigennutz -, effektive Formen der multilateralen Zusammenarbeit zu fördern und zu propagieren. Dass auch größere Staaten nicht in der Lage sind, anstehende Probleme alleine zu lösen, wird auch immer klarer.

Kettemann: Sie sind für eine "berechenbare Außenpolitik" Österreichs eingetreten. Was macht eine derartige Außenpolitik aus?

Petritsch: Prinzipien und ein kräftiger Schuss Pragmatismus; Sinn für das Machbare, gepaart mit konkreten Visionen, wie dieses Österreich in Europa - das über die gegenwärtigen Grenzen der EU hinausreicht - und der Welt positioniert werden soll. Es geht einerseits um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, unserer Bürger, in einem sich integrierenden Europa. Solidarität mit den weniger Privilegierten in Europa, ich denke dabei insbesondere an den Balkan, aber auch außerhalb unseres Kontinentes, in der so genannten Dritten Welt, ist die ebenso wichtige Kehrseite einer richtig modernen Außenpolitik. Darunter verstehe ich vor allem, den Sinn für globale Gerechtigkeit zu schärfen, der uns in der Ära des Neoliberalismus etwas abhanden gekommen ist. Staat und Gesellschaft, aber auch der Einzelne, haben je spezifische Aufgaben und eine Verantwortung, die es ständig zu überprüfen und an die sich allzu rasch verändernden Umstände anzupassen gilt. Wir sollten uns für eine faire Globalisierung ebenso einsetzen - etwa in den Vereinten Nationen, der WTO, der Weltbank und im Währungsfonds. Chancen auf Erfolg jedoch können wir nur als "Gemeinsames Europa" haben, ein Europa, das über Sonntagsreden hinaus dem Begriff "Friedensprojekt" neues Leben einhaucht.

Kettemann: Was macht einen guten Diplomaten aus? Muss man dazu geboren sein?

Petritsch: Zunächst: keiner von uns ist als Diplomat auf die Welt gekommen. Ich würde als Hauptfähigkeiten für eine Diplomatenkarriere einmal den "politischen Kopf" und die persönliche Neugier in den Vordergrund stellen. Das Interesse an anderen Ländern, an deren Kulturen, und die Lust sich immer weiteren Sprachen, und die Lust sich immer weiter zu bilden. Bei all dem ist eine solide Ausbildung und ein breites Allgemeinwissen, vor allem in den Bereichen Politik, Recht, internationale Beziehungen, Geschichte, Wirt-



schaft, Kultur von großer Bedeutung. Schließlich aber sind Engagement und Empathie, Emotion und ratio Voraussetzung, um nicht der "deformation professionelle" des traditionellen Diplomaten-Daseins zu verfallen. Diplomatie heute ist gewiss weit mehr als Parkett und Cocktail, es ist ziemlich harte Knochenarbeit und Plackerei - so gesehen kann der Beruf des Diplomaten jenseits der zeitgeistigen Investmentbanker, Werbegurus und Spin-Doktoren eine sinnvolle Beschäftigung sein. Diesen "Sinn" aber muss jeder, der diesen Beruf wählt, in sich selbst entdecken. <<

50 Jahre Römische Verträge

Es war der 19. September 1946, als der britische Premierminister Winston Churchill in seiner Zürcher Rede die Schaffung "einer Art Vereinigte Staaten von Europa" angedacht hatte. Elf Jahre wurde daran gefeilt, bis sich das formte, was man heute als den Beginn der Europäischen Union bezeichnet. Was aber tatsächlich aus Churchills Idee resultierte, ist nicht nur Teil europäischer Geschichte, sondern vor allem ein mutiges und einmaliges Konstrukt ehrgeiziger Ziele. **Text:** Hadmar Hölzl

1 Zusammenarbeit in Europa im Schatten des Weltkrieges

1945 markierte das Ende des zweiten Weltkrieges. Unermessliches Leid und Zerstörung waren in ganz Europa allgegenwärtig, unzählige Grenzschränken symbolisierten sowohl die tiefen Gräben zwischen den einzelnen Staaten als auch die Einflussnahme und Teilung Europas durch die beiden Großmächte.

"Zusammenarbeit" sollte das politische Schlüsselwort werden, eine neue Europa-Begeisterung sollte für den nötigen wirtschaftlichen Aufschwung sorgen.

2 Die Gründung der EGKS - Die Geburtsstunde europäischer Integration

1950 einigten sich die ehemaligen Kriegsgegner Deutschland und Frankreich, in der kriegsentscheidenden Kohle- und Stahlproduktion zusammenzuarbeiten, die Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS- auch "Montanunion"). Zusammen mit Italien, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden ratifizierten sie am 18. April 1951 das Vertragswerk. Ein gemeinsamer Markt sollte erschaffen, Zölle innerhalb der Union abgebaut werden. Die EGKS war visionär, in der Präambel wurden der Weltfriede, ein Zusammenschluss anstelle jahrhundertalter Rivalitäten sowie ein organisiertes Europa festgehalten.

3 Die römischen Verträge

"Wir einigen keine Staaten, wir bringen Menschen einander näher" - Jean Monnet, Gründer der EGKS

Doch das Friedensprojekt selbst erlitt Rückschläge; der Versuch, eine europäische Verteidigungsgemeinschaft aufzubauen, scheiterte 1954. Das meiste Potential zur Zusammenarbeit erkannte man im wirtschaftlichen Bereich.

Am 25. März 1957 unterzeichneten die sechs EGKS- Gründungsstaaten die "römischen Verträge" und einigten sich somit auf eine Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM).

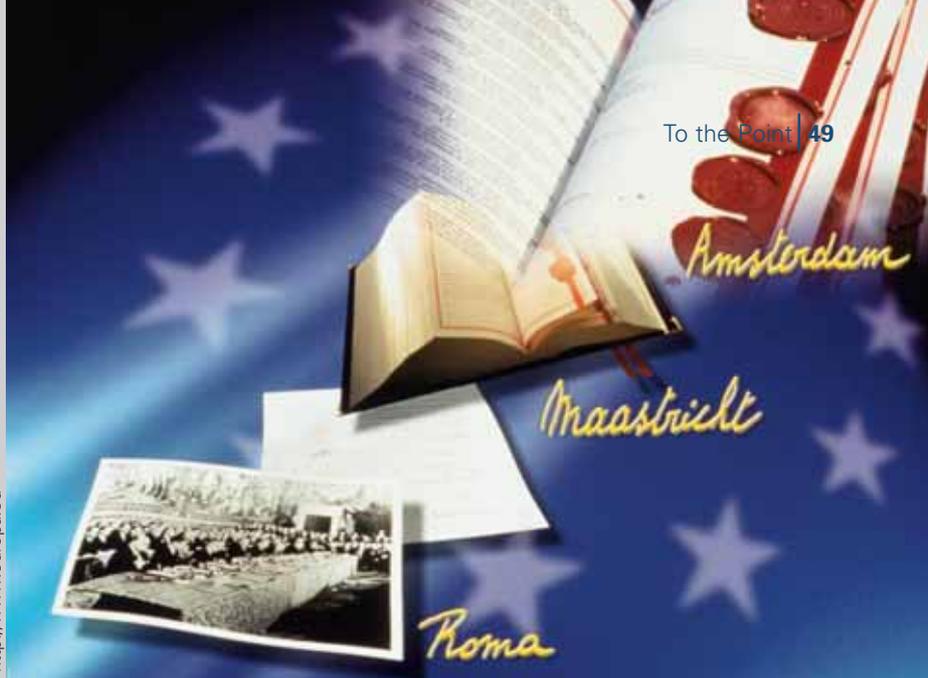
Ziel der Vertragswerke sollte es sein, den Grundgedanken der EGKS weiter zu tragen, einen freien Markt aufzubauen, eine Zollunion zu installieren, Handelshemmnisse abzubauen und einen gemeinsamen Außenzoll einzuführen. Zudem sollte die zivile Nutzung der Atomenergie zukünftig gemeinsam geregelt werden.

4 Wirtschafts- und Währungsunion

"Die EWG ist Motor, Wächter und Makler" - Walter Hallstein, erster EWG-Kommissionspräsident

Erstmals gab es in Europa einen integrierten Wirtschaftsraum von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital, eine gemeinsame Handels-, Verkehrs-, Agrar- und Wettbewerbspolitik wurde errichtet. Staaten übertrugen Souveränitätsrechte auf eine europäische Ebene, eine erste überstaatliche Rechtsgemeinschaft entstand. Man erkannte rasch das Potential einer politischen und friedlichen Integration, die freiwilligen Abhängigkeitsstrukturen erhöhten sich, die Wirtschaftsgemeinschaft wurde zu einem Geflecht gegenseitiger Interdependenzen.

Heute ist der Binnenmarkt der Europäischen Union der größte der industrialisierten Welt, und die wirtschaftlichen Vorteile sind groß: Freier Warenverkehr, Produktvielfalt, freier Wettbewerb, Verbraucherschutz und die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung im Jahr 2002 sind nur wenige Beispiele dafür.



5 Grenzfall Europa

Politisch und wirtschaftlich wuchs Europa zusammen: 1989 löste Ungarn den Grenzzaun zu Österreich auf, die Tschechoslowakei demontierte ihre Grenzbefestigungen und die Berliner Mauer fiel. Nach vielen Jahren des Eisernen Vorhangs startete 2004 die Osterweiterung der EU. Aus wirtschaftlicher Sicht wurde das Schengen-Abkommen 1985 zum Synonym des Grenzabbaus. Die Einheitliche Europäische Akte (EEA), trat 1987 in Kraft sorgte für den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital; Warengrenzkontrollen wurden 1993 beseitigt. Im Maastricht- Vertrag vom 7. Februar 1992 wurde die Europäische Union (EU) festgeschrieben und eine die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) festgelegt.

6 Die EU als Bürgerunion

Seit der Ratifizierung der römischen Verträge ist in Europa kein Stein auf dem anderen geblieben. Gerne beschreibt man Europa als "Erfolgsmodell". Es wäre vermessen, die vergangenen 50 Jahre nur mit den wirtschaftlichen Leistungen der Europäischen Union aufzuwiegen. Jeder einzelne Bürger jedes Mitgliedstaates war und ist von den politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen betroffen. Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern stellt auch eine Wertegemeinschaft dar. In der europäischen Union herrschen die Grundsätze wie die der Nichtdiskriminierung, wie Geschlecht, Rasse, Alter oder Religion. Die Unantastbarkeit der Würde, das Verbot der Todesstrafe oder der Folter sind Grundwerte, die vor 60 Jahren noch nicht selbstverständlich waren.

7 Politische Transparenz als Aufgabe des 21. Jahrhunderts

Am 25. März 2007 jährte sich zum 50. Mal die Unterzeichnung der römischen Verträge.

Die Vision der Gründerstaaten, Europa wirtschaftlich und politisch zu vereinen, hat im Laufe der Jahrzehnte Gestalt angenommen. Heute besteht die Europäische Union aus 27 Mitgliedstaaten, mit knapp 500 Millionen Bürgern. Die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion ist Realität, in 13 Mitgliedstaaten ist der Euro bereits alleiniges Zahlungsmittel. Trotz aller Erfolge fällt es den Bürgern noch schwer, diese große Institution auch tatsächlich zu begreifen. Zwar wird das europäische Parlament seit 1979 direkt von der Bevölkerung gewählt, eine Europa-Verdrossenheit lässt sich dennoch feststellen. Zu "bürokratisch", zu "technokratisch" erscheint vielen die Union, und es muss die Aufgabe der EU sein, mehr Transparenz zu schaffen, um die europäische Idee im Bewusstsein ihrer eigenen Bürger zu festigen.

8 Eine Verfassung für Europa?

"Europa ist unsere gemeinsame Zukunft" - Angela Merkel, deutsche Bundeskanzlerin

Die Vielfalt Europas ist wohl die größte Bereicherung Europas, wie Ratspräsidentin Angela Merkel in der Berliner Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der römischen Verträge festgehalten hat. Die Vielfalt der Kulturen, der Sprachen und Regionen stellt aber zugleich eine große Herausforderung dar, und könnte sich noch zur "Achillesferse" der Europäischen Union entwickeln. Statt Visionen bestimmen heute Kompromisse das politische Klima in Europa. Das Nein der Franzosen und Niederländer im Jahr 2005 legte die Verfassungs-Debatte auf Eis, bis 2009 soll ein neuer Verfassungsvertrag vorliegen. Ob dieser Vertrag alle 27 Länder unter einer Verfassung einen kann, ob der letzte Schritt zu einer politischen Integration gesetzt werden kann, ist wünschenswert, bleibt aber noch abzuwarten.



Raising Awareness

Was im März 2006 als Maturaprojekt begann, entpuppte sich als Kampagne zur Bewusstseinsbildung über Fairtrade von Schülern für Schüler, Lehrer, Eltern und eine Vielzahl von anderen Personen.

Text Irene B. Stöckl, MA

Nachdem die Schülerinnen Manuela, Tamara, Patricia, Denise und Svetlana sich für ein Projekt für ihre Maturaarbeit entschieden hatten, konnten sie beweisen, was sie in den Jahren an ihrer Schule gelernt hatten. Zunächst ging es darum, sich nicht nur mit dem Thema zu beschäftigen, sondern auch Projektmanagement Instrumente anzuwenden - ganz wie die Großen im wahren Leben. Immerhin war ihr Studienzweig International Business.

Das Thema war daher deshalb für sie so interessant, weil es wirtschaftliche Aspekte mit sozialen verband und von den Projekten der anderen Gruppen hervorstach. Jedoch wollten sie nicht allein zum Sprachrohr für die Idee Fairtrade werden, sondern wollten diese auch von einem rein wirtschaftlichen Blickpunkt betrachten. Was kann Fairtrade zu einem wirtschaftlichen Erfolg führen, dass jede/r im Laden hauptsächlich zu diesen Produkten greift? Dazu war es notwendig, die derzeit bestehende Situation mit verschiedenen Indikatoren zu messen. Eine Befragung und Marktanalyse wurden durchgeführt und die Kundenfreundlichkeit der Produkte analysiert. Aus dieser Analyse wurden einerseits Verbesserungsvorschläge erarbeitet und die-

se andererseits bei konkreten Veranstaltungen angewandt. Den ersten Höhepunkt der Kampagne bildete eine Informationsveranstaltung im Zuge des World Fair Trade Days im Juni 2006. Am Schwedenplatz wurden Passanten über das Thema Fairtrade aufgeklärt und diese mit kompetenten Argumenten überzeugt, wieso sie besser Produkte mit dem bunten Siegel kaufen sollten. Für sechs Stunden war an einem heißen Samstag der Schwedenplatz fest in Fairtrade Hand. Mit Bannern, Aufklebern, Postern und Informationsbroschüren verließ niemand unwissend den Stand. Angespornt von diesem Erfolg wurde die Kampagne nach den Sommerferien fortgesetzt. Obwohl der offizielle Beginn des Maturaprojektes erst im Herbst 2006 war, startete die Gruppe (mit veränderter Mannschaft, diesmal mit Manuela, Svetlana, Dorothea, Tamara), motiviert von den Aktivitäten im Sommer 2006, im September 2006 voll durch. Ziel war es das Hauptereignis der Kampagne vor zu bereiten - den Tag der Offenen Tür. Und was verkauft sich besser, als zu beweisen, dass Fairtrade Produkte auch wirklich gut schmecken. Deshalb entschieden sich die Schülerinnen für ein Buffet. In wochenlanger Vorbereitung wurde

zunächst ein Businessplan erstellt. Das Event sollte ja zumindest kein Verlust sein. Alle Produkte, die verkauft wurden, waren biologisch und Fairtrade. "Besonders gut haben uns die Schoko-Bananen Muffins geschmeckt. Ganz toll, dass sich die Schülerinnen soviel Arbeit gemacht haben," sagte ein Besucher des Buffet. Informationsblätter sollten den Konsumenten/-innen erklären, was es mit dem Thema auf sich hat. Letztendlich wurde das Buffet zum Erfolg. Die Schülerinnen konnten sogar einen kleinen Gewinn erzielen.

Damit war das Maturaprojekt allerdings noch nicht abgeschlossen. Im Februar 2007 war es dann soweit. Vor einem Auditorium bestehend aus Schüler/-innen, Lehrer/-innen und Außenstehenden präsentierte die Gruppe die Ergebnisse des Projekts. Nach einer kurzen Einführung in das Thema mit einer Slideshow durfte jede abwechselnd das Getane vorstellen. Zur Freude aller waren die Professorin begeistert. Mittlerweile wurde die Frage, wo man denn nun Fairtrade Produkte kaufen kann zum Gesprächsthema in der Schule. Fairtrade hat nun auch in einer Schule mit internationaler Wirtschaft als Schwerpunkt Eingang gefunden. <<



Fotos: <http://www.fairtrade.at>

Promi-Politik auf dem Prüfstand

Um bei Wahlen die Nase vorn zu haben, werden Quereinsteiger in der Politik immer häufiger zum Instrument von Parteien.

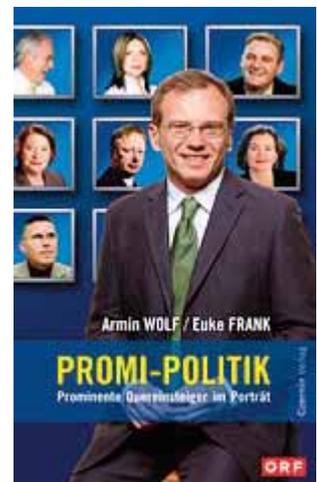
Text Irene B. Stöckl, MA

Ursula Stenzel gehört wahrscheinlich zu den bekanntesten Beispielen von Prominenten in der Politik. Bei den EU Wahlen 1996 gewann sie für die ÖVP die meisten Mandate und sicherte der Partei den ersten Platz. Doch sie ist nur eine von vielen. Nicht jede österreichische Partei setzt gleich oft auf diese Karte und nicht immer ist diese auch ein gutes Blatt. Das Buch von Armin Wolf und Euke Frank beleuchtet von einem neutralen Blickpunkt dieses Phänomen. In 2 Hauptteilen wird dem Leser das Thema näher gebracht. Auf der einen Seite soll ein historischer Rückblick helfen, die Änderungen im Wählerverhalten zu erklären. Diese Änderung ist ein Hauptfaktor für die strategischen Überlegungen von Parteien Prominente in ihrem Wahlkampf einzusetzen. Dabei ist es oft egal, ob der Star an der Spitze qualifiziert genug ist oder nicht. Oft hat der Wähler mehr Vertrauen in den Quereinsteiger als in den altgedienten Politiker. Das vor allen Dingen in Zeiten, in denen auf der Kompetenzskala der Beruf des Politikers weit unten liegt. Umfragen zeigen, dass die Personen davon ausgehen, dass man als Politiker keine hohen Qualifikationen in sein Amt mitbringen muss. Das macht es vielleicht für Quereinsteiger auch einfacher, sich auf den Kutschbock des Wahlkampftrösses zu setzen.

Jedoch gibt es laut Wolf/Frank nicht nur Erfolgsgeschichten. Personen wie Richard Lugner oder Reinhard Jesionek mussten schmerzvoll erfahren, dass Prominentsein keine Garantie für einen Wahlerfolg ist.

Im 2. Teil widmen sich Wolf/Frank deshalb den einzelnen Porträts dieser Promi-Politiker. Interessant ist zu erkennen, wie viele mittlerweile in Österreich gibt. Mehr vielleicht als in anderen Ländern. Haben doch Quereinsteiger in die Politik in Deutschland nicht so große Chancen.

Ob jedoch diese Promi-Politik auf Dauer Schule machen wird und die Probleme Österreichs lösen kann, sei dahingestellt. Außerdem stellt sich die Frage, ob diese Art der Wahlkampfstrategie, oder besser gesagt diese Form des Window Dressings, auf Dauer Erfolg haben wird und die steigende Anzahl der Nichtwähler in Zukunft nicht aufhalten kann.<<



Bio:

Armin Wolf:

arbeitet seit 1985 für den ORF. Sein Hauptgebiet ist die Außenpolitik. Zur Zeit ist er Chefredakteur der "Zeit im Bild" und moderiert die ZIB2.

2004 wurde er mit dem Preis "Journalist des Jahres" ausgezeichnet, 2005 mit dem renommierten "Concordia Preis für Pressefreiheit", mit dem Fernsehpreis "Romy" und schließlich mit dem "Robert Hochner-Preis 2006". Das Buch Promi-Politik beruht auf seiner Dissertationsarbeit.

Euke Frank:

ist Chefredakteurin von WOMAN und leitet die Ressorts Aktuell, Politik und Wirtschaft. Ihre Karriereaufbahn beinhaltet Tätigkeiten bei PROFIL sowie bei NEWS.



photo sven pusswald | graphic design tina zoechling

INFORMATIONSWÜSTE?

GLOBAL VIEW ERÖFFNET PERSPEKTIVEN. 4 X JÄHRLICH. GRATIS-TESTABO: globalview@afa.at
Das Magazin für INTERNATIONALE POLITIK, DIPLOMATIE und KULTUR

„Prototo“ – und das Leben wird günstiger!

„Mehr fürs Geld, mehr vom Leben!“, unter dieser Zielsetzung wurde der Verein „PROTOTO – Leben & Wohnen“ gegründet. Eine noch nie da gewesene Verbraucherplattform (pro toto = „für alle“), die mit Beginn 2007 die Pforten geöffnet hat. Und so einfach geht es: Jedes Mitglied erhält eine Karte, die dazu berechtigt, bei allen Partnerunternehmen mit Vergünstigungen einzukaufen.

Schon bereits jetzt gibt es eine Palette von Unternehmen. Angefangen von Bekleidung, Gastronomie, Immobilien, Reisebüros und sogar Werbeagenturen konnte der Verein Prototo als Partner gewinnen. Über die Internetseite www.prototo.at im Bereich „Karte“ sind alle Partnerunternehmen zu finden, die im Gegenzug für ihre Rabatte auf der Internetseite ihre Angebote bewerben dürfen. Und es werden immer mehr! „Prototo“ steht noch am Anfang, doch die Mitarbeiter sind unermüdlich

unterwegs um mit neuen Partnerunternehmen Rabatte auszuverhandeln.

Das ist jedoch bei weitem noch nicht alles! Mitglieder von „Prototo“ sollen sehr bald schon über die Internetseite eine Bewertung über ein Produkt vornehmen dürfen. Wie gut ist das Preis/Leistungsverhältnis? Stimmen die versprochenen Produktangaben? Wie gut ist der Service des Herstellers? Zu solchen Fragen und anderen wird jedes Mitglied von Prototo seine persönliche Meinung abgeben können, von der nicht nur die anderen Mitglieder sondern auch die Partnerunternehmen profitieren können. Selbes Prinzip gilt

auch für die Unternehmensbewertung. Im Bereich „Info-Ecke“ will „Prototo“ Wissenswertes über viele Themen (z.B. Gesundheit, Versicherungen, rechtliche Belange) zur Verfügung gestellt. Mitglieder können Fragen stellen, die von Experten beantwortet werden.

Bei der eingerichteten Tauschbörse können kostenlos Anzeigen geschaltet werden. Tauschen, verschenken, verkaufen oder kaufen und Kontakte knüpfen ist hier möglich.

Ist „Prototo“ stark genug gewachsen soll mit Groß-



unternehmen (wie Stromlieferanten) über Preisreduktionen oder die Gewährung von Großkundenkonditionen verhandelt werden. Alles was hier erreicht wird, kommt soll zur Gänze den Mitglieder zu Gute kommen.

Robert Lizar

>>> Wenn Sie bei „Prototo“ als Mitglied und/oder Partnerunternehmen mitmachen wollen, wenden sie sich bitte an links stehende Info-Nummer.

prototo

INFO-Nummer: +43 650 888 78 87

Prototo sucht auch neue Mitarbeiter!! Arbeiten Sie mit in einem engagierten Team!

Rund um die Welt

Ein Kanadier umwandert seit 6 Jahren die Welt - "Für den Frieden der Kinder". **Text** Christian Schusterschitz

Am 18. August 2000 brach der damals 45-jährige Jean Béliveau zu einer Reise mit einem besonderen Ziel auf. Er beabsichtigte, innerhalb von 12 Jahren die Welt von seiner Heimatstadt Montreal aus zu Fuß zu umrunden. Etwa sechs Jahre, 40.000 Kilometer und dreißig ausgelatschte Paar Schuhe später kam der Weltenbummler im Dezember von Tschechien kommend nach Wien. Während seines eher kurzen Aufenthaltes in der Österreichischen Hauptstadt plauderte Jean Béliveau mit dem Global View über seine ungewöhnliche Reise. Die

Idee, zu Fuß um die Welt zu marschieren kam ihm eines Tages beim Joggen im heimatischen Montreal, erzählt Jean während er in der kanadischen Botschaft an einer Tasse Kaffee nippt. Die Umsetzung dieser exzentrischen Idee war aber anfänglich mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Seine Frau war naturgemäß wenig begeistert, auch das Interesse der Medien hielt sich in Grenzen. Erschwerend kam hinzu, dass er nur Französisch aber kaum Englisch sprechen konnte. Jean ließ sich aber von derlei Erschwernissen nicht beirren. Mittlerweile kann er sich

fließend auf Englisch verständigen, Medien wie "Der Spiegel" oder CNN berichteten über seinen Marsch und seine Frau unterstützt ihn bereitwillig. Sie greift ihm finanziell unter die Arme und kümmert sich um seine Website. Ab und zu stattet sie ihm während seiner Reise einen Besuch ab. Doch meistens ist Jean allein unterwegs, das Wichtigste wie Wasser, warme Kleidung und ein Zelt schiebt er in einem Dreiradbuggy vor sich her. Auf diesem befindet sich eine kanadische Flagge und ein Schild mit dem Motto der Reise - "Für den Frieden der Kinder".





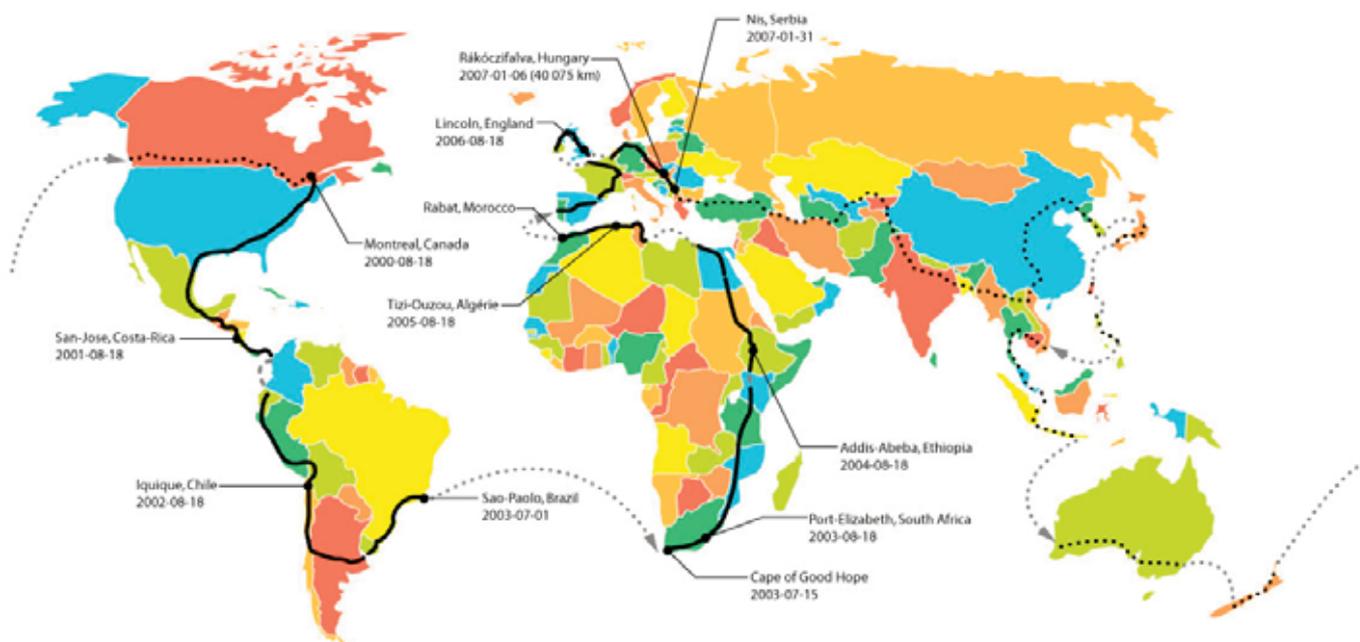
UN Photo/Shelley Rotner

"Jeans Reise fällt nämlich zeitlich mit dem von der UNESCO ausgerufenen Jahrzehnt der "Kinder der Welt" zusammen. Kinder sind unser größter Schatz" meint Jean lächelnd, doch er verheimlicht nicht, dass die Reise ursprünglich ein reiner Ego-Trip war. Sein Job als Neonschildverkäufer schien eine ziemlich monotone Zukunft zu versprechen und so suchte er sich eben eine neue Herausforderung. Sein Fußmarsch umfasst insgesamt 40.000 Kilometer. Pro Tag legt er ungefähr dreißig bis vierzig Kilometer zurück. Von Montreal aus marschierte er durch die USA

bis nach Brasilien, wo ihm ein großzügiger Sympathisant ein Flugticket nach Südafrika spendierte. Dort konnte er sich kurz mit Nelson Mandela unterhalten. In Algerien hatte er allerdings gesundheitliche Probleme und musste eine Prostataoperation über sich ergehen lassen. Die führte ein freundlicher Chirurg kostenlos durch. Österreich ist das 40. Land, das er auf seiner Reise besucht, von dort marschiert er weiter durch die Slowakei, Südosteuropa und Asien. Befragt nach seinen Plänen wenn er 2012 wieder zu Hause in Montreal sein wird,

antwortet Jean: "Ich werde mehr Zeit mit meiner Familie verbringen. Und ich werde zum Psychiater gehen - nach ein paar Sitzungen mit mir wird er seine Koffer packen und auf Weltreise gehen, während ich seinen Job übernehme. Reisen ist die beste Therapie, die es gibt".

Mehr Informationen über den Marsch von Jean Béliveau gibt's im Internet auf <http://www.wwwwalk.org>. <<





Big in Peru

Text: Kouji Oshiro Kochi

My name is Héctor Kouji Oshiro Kochi. I was born in Lima - Perú in 1978. I'm a descendant of Japanese immigrants. My grandparents were from Okinawa. I traveled to Japan in 1993 and 1996. My parents and my brother are there since 1989. I worked with my father in a Japanese factory when I was 17 years old, it was a good experience, then I returned to Perú to study at the university. Someday I'll travel to

Japan again to live some years. I like the kind of life there.

I studied graphic design in the faculty of arts at the Pontificia Universidad Católica del Perú. I finished in the first place of my class in 2004. I like visual arts (animation, comics, painting, movies, photography), I also like sculpture. My favorite artists are: H. R. Giger, Salvador Dalí, David Ho, Dave Mc Kean, Luis Royo, Ashley Wood, Boris

Vallejo, Alex Ross,...

Since 2005, I'm working in a Peruvian news TV channel. I like my job. Everyday have something new and I use my creativity to make pictures. I would like to make animations in the future.

My hobbies are: play soccer, run, draw and watch movies. Finally, I'd like to say: "I do what I am". <<



UNO Üben

Was macht eigentlich die UNO den ganzen Tag? Oder, allgemeiner, wie funktioniert internationale Diplomatie? **Text** Michael F. Pfeifer





Antworten auf diese und andere Fragen lassen sich durch eine Teilnahme an Model United Nations (MUNs) finden. Diese MUNs finden seit vielen Jahrzehnten in aller Welt statt und spielen Verhandlungen der Vereinten Nationen nach. Die Teilnehmer müssen sich dabei in die Rolle eines Staatsvertreters versetzen und dessen Regierungsposition vertreten. Da die Delegierten aber nicht das Land ihrer eigenen Staatsangehörigkeit wählen dürfen, sind sie mit der Aufgabe konfrontiert, sich vorher eingehend mit dem fremden Land und seiner Politik vertraut zu machen.

Im Zuge der Konferenz erkennen die Teilnehmer auch, wie diplomatische Verhandlungen ablaufen und wie die UNO funktionieren. Nebenbei werden Kenntnisse in Rhetorik, Argumentationstechnik und internationaler Politik trainiert. Eine der international wichtigsten MUNs ist die Vienna International Model United Nations (VIMUN), die seit 1995 alljährlich vom Akademischen Forum für Außenpolitik (AFA), der Jugend- und Studierendenorganisation der, vom früheren UN Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim geleiteten, Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen veranstaltet wird. Rund 250 Ju-

gendliche, Studierende und Jungakademiker aus etwa 40 verschiedenen Nationen nehmen teil und wählen dabei eines von sieben Committees, um zum gegebenen Thema über eine Resolution zu verhandeln. Die Konferenzsprache ist ausschließlich Englisch.

Im Gefüge aller Model United Nations weltweit kommt der VIMUN eine besondere Rolle zu. Die Veranstaltung findet nämlich in der Wiener UNO-City, also gewissermaßen am "Originalschauplatz" statt. Außerdem wird den Delegierten auch ein - für internationale Wiener Konferenzen typisches - Rahmenprogramm geboten. Denn beim Welcome Dinner, bei Empfängen im Wiener Rathaus und der Diplomatischen Akademie oder spätestens beim traditionellen Abschluss-Clubbing löst sich die eine oder andere politische Differenz durch den persönlichen Kontakt oft besser als im Verhandlungssaal.

Nach Abschluss der Konferenz erhalten die Delegierten entsprechende Certificates, die jede Bewerbungsmappe bereichern. Und vielleicht treffen sich die "Leaders of Tomorrow" eines Tages am Verhandlungstisch wieder, dann aber unter Umständen nicht nur, um zu simulieren. <<

VIMUN 2007 Committees & Themen:

Security Council (SC) - Decision on an urgent political crisis

Commission on Crime Prevention and Criminal Justice (CCPCJ) - "Ensuring Good Governance in the Balkans by Fighting Corruption and Organized Crime"

Human Rights Council (HRC) - "Special Session: On the Human Rights Situation in North Korea"

UNIDO - "Energy for Sustainable Development to Alleviate Poverty and Foster Economic Growth"

Peacebuilding Commission (PBC) - "The Situation of Liberia"

Counter Terrorism Committee (CTC) - Decision on an urgent matter

ICJ - Decision on a current case

Kontakt:

Akademisches Forum für Außenpolitik - United Nations Youth and Student Association of Austria

Generalsekretär Gregor Waldhauser

A-1010 WIEN, Johannesg. 2/2/32

E-Mail: vimun@afa.at

Internet: <http://www.vimun.at> od.

<http://afa.at>



UN Photo/Andrea Brizzi

AFA Supports Newcomers

The United Nations Youth and Student Association of Austria (AFA) not only organizes Model United Nations (MUNs) and Debating Clubs itself and sends delegations to MUNs all over the world but also supports MUN and debating activities in Austria. A report of a new initiative in Graz. **Text** Barbara Mazelle

Debate Club - Model United Nations"

is the title of a project carried out by students of class 5ak international business BHAK Grazbachgasse, Graz (Sara Ruderstaller, Alexandra Steyer, Barbara Mazelle, Christian Gruber and Andreas Kölldorfer). The project team is supported by their project stakeholders and teachers Mag. Regina Ruderstaller-Sommer and MMag. Waltraud Pirker. In order to achieve the aims of the project the students published 3 Guides, one about United Nations, one concerning Model United Nations (Rules of Procedure, resolutions, etc.) and an Audio-Guide.

Two other elements co-financing the participation at future MUN-conferences and the establishment of an association called "Erster österreichischer MUN Debattier Klub", which will organize educational trips as well as other educational events. Another

very important part is the training for all members of the Debate Club to create a good basis for a successful participation at a conference.

The members of the project team organize workshops and mockdebates. The first workshops and debates were held from October to December 2006 to prepare for the Paris Model United Nations Conference 2006. BHAK Grazbachgasse participated in this conference for the third time and sent a delegation of 13 delegates, one press officer and one observer. These 15 students were the only ones from Austria, other delegates came from Belgium, Columbia, Denmark, Egypt, France, Germany, Greece, Israel, Italy, Jordan, Mexico, Morocco, Netherlands, Por-

tugal, Qatar, Russia, Switzerland, Togo, Turkey, UK, USA and Venezuela. The conference was held at the impressive Headquarters of UNESCO.

Despite the conference the Austrian delegation got some insights to Parisian life and had time to admire the cultural heritage of this beautiful city. The Opening Ceremony started with a touching documentation about child soldiers in Africa, followed by an interesting key-note speech delivered by Dr. d'Orville. Some music led the 750 delegates from all over the world into their commit-

tees. They had two days to debate in 7 committees (ECOSOC, Security Council, Environmental 1 and 2, Human Right, Disarmament and Political). Each committee had two current topics and all participants worked hard to

create good resolutions, that can be presented to the UN. The represented countries of the Austrian delegation were Andorra, Albania and Argentina. During the second day every committee, except the Security Council, had to deal with a crisis scenario. During the social event at Planet Hollywood, Champs Elysées, on Saturday evening delegates got lots of private contacts to other delegates and hopefully will keep these up. After the General Assembly where the Security Council, at least of MUN, was reformed, the conference ended with the Closing Ceremony where one of the delegates, Alixe Turner, presented the PAMUN song "Lock and Key". The project team is very proud to participate at PAMUN 2006 and hopes that the Debate Club will flourish. <<





Übung macht den Meister

Seit Oktober 2004 gibt es den AFA-Debattierclub und im März feierte er sein 20. Jubiläum. **Text** Thomas Tödting

"Was mich betrifft, so werde ich bei der Schilderung des idealen Redners ein solches Bild entwerfen, wie es vielleicht niemand verwirklicht hat." Die Frage, ob es knapp 2000 Jahre später jemanden gelungen ist, die Ansprüche Ciceros zu erfüllen, darf bezweifelt werden. Weniger zweifelhaft erscheint heute die Bedeutung, von sicherem Auftreten und freiem Reden. Egal ob es sich um Politiker, Unternehmer oder Pädagogen handelt: Sie alle bedienen sich rhetorischer Mittel um in einer Gesellschaft, in der das Gut "Aufmerksamkeit" rar geworden ist, nicht unterzugehen. Debattierclubs bieten Studenten die Möglichkeit diese Fähigkeit in einer lockeren Atmosphäre zu trainieren. Während an Universitäten wie Oxford, Cambridge oder Harvard solche Debatten zum Fixprogramm zählen, erfahren sie in Österreich eine eher stiefmütterliche Beachtung. Im Oktober 2004 startete das Akademi-

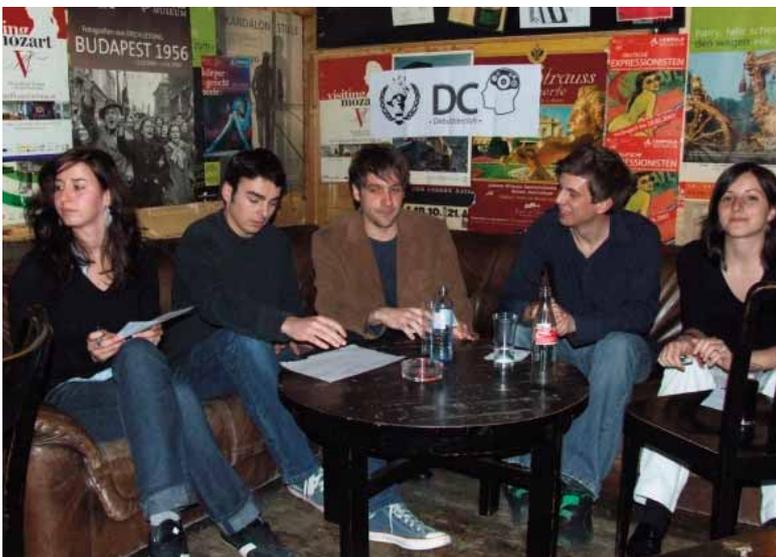
schen Forum für Außenpolitik (AFA) das Debattierclub-Projekt. Seitdem eröffnet der AFA-Debattierclub auch jenen die bisher wenig mit öffentlichen Reden zu tun gehabt haben, die Chance erste Erfahrungen zu sammeln. Dabei stehen sich zwei Teams (Pro bzw. Contra) gegenüber und versuchen das Publikum in wechselseitiger Rede vor allem rhetorisch aber auch inhaltlich zu überzeugen. Außerdem kann jeder Zuhörer durch eine kurze Ergänzungsrede an der Debatte teilnehmen. Selbstsicheres Argumentieren und schnelles Reagieren auf Angriffe der Gegenseite stehen dabei im Mittelpunkt. Neben der Möglichkeit im Rahmen des Debattierclubs Soft Skills zu verbessern, thematisiert er ebenso aktuelle politische Ereignisse und trägt dazu bei, dass sich sowohl Debatanten als auch das Publikum mit der politischen Materie auseinandersetzen müssen.

Zwanzig Mal standen einander bisher die beiden Teams zu Themen wie dem Beitritt der Türkei zur EU, der Abschaffung der Wehrpflicht oder Sozialarbeit statt Studiengebühren gegenüber, wobei einige Male heftige Emotionen geweckt wurden.

So auch beim Jubiläumsevent anlässlich der 20. Debatte. Die Diskussion über die Frage, ob Menschenrechten eine universelle Geltung zukommen sollte, sorgte nicht nur bei den Diskutanten auf der Couch, sondern auch beim Publikum für heftige Wortmeldungen. Die Argumentation erstreckte sich von der Kritik am eurozentristischen Blick der Menschenrechte bis hin zur Chance jedes Menschen frei von Angst leben zu können oder Opfer staatlicher Übergriffe werden. Einig war man sich darüber, dass Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen und im 21. Jahrhundert der Diskurs um die Menschenrechte keinesfalls weniger kompliziert ausfallen würde. Im Vorfeld des 20. Jubiläums ergaben sich kleinere Neuerungen, wobei die Augenscheinlichste mit Sicherheit die Einführung des eigenen Logos darstellte.

Im Laufe der letzten zweieinhalb Jahre nahmen über 100 Redner und noch mehr Zuhörer an den monatlichen AFA-Debattierclubs teil. Das Interesse von Jugendlichen ihre Rhetorik zu verbessern, ist vorhanden. Es wird die primäre Aufgabe des AFA-Debattierclubs sein, diesen Interessierten auch in Zukunft ein Forum dafür zu bieten. Reden lernt man nur durch Reden", wie Cicero betonte und so wird es wohl auch weiterhin studentische Versuche geben, sein rhetorisches Ideal zu erreichen.

<<



BADESCHIFF_WIEN

BAD MIT TIEFGANG

am Donaukanal
zwischen Schwedenplatz und Urania
1010 Wien

SOMMER 2007 BADESCHIFF WIEN

Essen - Trinken - Baden
von 11-24 Uhr
> Sonnendeck
> Bordküche
> beheizter Pool
> Laderaum-Club
von 22-4 Uhr
> Festlandverpflegung
mit Sonnenterrasse

1. MAI-FEIER

mit Maibaumaufstellen
Kinderschuhplatteln
Steckerlfischstation
Bosna, Bier, Eis
Special DJs

Sa + So

Frühstück

jeden 2. Fr im Monat

Pool Club

jeden letzten Mi im Monat

Nixenclub

Jour Fixe Lunch with the Director General of ORF, Dr. Alexander WRABETZ 16.01.2007



General Assembly and Board Elections of AFA-VIENNA, 25. 02. 2007



1st Vienna International Historic Model United Nations (HISTOMUN) at the Diplomatic Academy in Vienna, 18.03.2007 - 22.03.2007



Participation at the at the launch of the European Union Agency for Fundamental Rights at Palais Niederösterreich in Vienna 01.03.2007





www.bawag.com

www.bawagpskfonds.at

Mit Sicherheit bessere Erträge genießen

BAWAG P.S.K. Investmentfonds

**Jetzt
Vermögen aufbauen!**

- *maßgeschneiderte Fondskonzepte*
- *flexibles Ansparen*
- *jederzeit verfügbar*

Die aktuellen Verkaufsprospekte liegen in jeder BAWAG- und Postfiliale für Sie bereit.

Ihr Betreuer berät Sie gerne in jeder BAWAG- und Postfiliale.

BAWAG P.S.K.  | Invest